einzelverkaufspreis 1.50 dm incl. 5%mwst.

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 86 28.6.1975

INLAND

+++ +++ STAMMHEIM UND DIE RECHTSSTAATLICHKEIT +++ +++

AUSLAND

DOKUMENTE

herausgeber:
frankfurter informations-dienst e.v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel.0611/704352

postscheckkonto:
frankfurter informations-dienst e.v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

verantw. redakteur:
f. kern

redaktionsschluß:
donnerstag 20 uhr

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel.44 40 03

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel.70 23 36

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel.44 61 71

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr. 41 b
tel.2 80 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01 39 12 67

monatsabonnement:
6,- dm gegen vorkasse

probeexemplare nur gegen 1.50 dm vorauskasse

HEIDELBERG (ID)
26. juni

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR GEGEN BÜRGERINTERESSEN

am 26.6.75 hat der heidelberger stadtrat mit cdu-mehrheit eine fahrpreiserhöhung bis zu 60 % (monatskarte 30 %) für die beförderung mit den heidelberger straßenbahnen und bussen beschlossen. 25 ja-stimmen, 3 nein-stimmen und 10 enthaltungen. (man sieht, es spielt keine rolle, welche mehrheit im stadtrat sitzt. in ffm ist es die spd). begründet wird ebenso abgeschmackt wie lapidar mit gestiegenen kosten für alles. die diskussion über sinn und zweck und damit preispolitik des öffentlichen nahverkehrs wird vom tisch gefegt.

der kbw, dessen hochburg heidelberg ist, hatte seit drei wochen mit seiner stadträtin dagegen protestiert, sodaß sie von der entscheidenden sitzung schließlich ausgeschlossen wurde.

spontis, sozialistische büro-fraktion, shs (spezifisch heidelberger studenten marxisten- leninisten) machten erstmal nichts. dafür haben sich die massiven proteste aus allen kreisen der bevölkerung vermehrt. seit der ersten demonstration am 19.6., die als sternmarsch zum zentralen verkehrsknotenpunkt heidelbergs, dem bismarckplatz, führte, und an der nur an die 1.000 leute teilnahmen, hat sich die beteiligung bis heute versechsfacht. noch immer sollen jetzt,nach redaktionsschluß des id, in der heidelberger innenstadt straßenkämpfe toben.

die polizei hat bei den auseinandersetzungen außer einer neuen gaswaffe, dem "pepper-fog", der außer sehstörungen und schwerer schleimhautreizung auch zu erbrechen und kreislaufschwächen führt, ca. 1.000 wachtmeister in kampfausrüstung aus allen teilen baden-württembergs eingesetzt. nach unseren informationen wurden auch zum ersten mal panzerspähwagen mit starken drahtgittern a m bug benutzt, um die blockierenden demonstranten zur seite zu fegen.

neben den vielen nicht genehmigten demonstrationen innerhalb einer woche und den damit verbundenen blockaden der straßenbahnen gab es die verschiedensten formen des protestes und widerstands.

so wurden 40.000 rote punkte gedruckt und verteilt. seit dem 26.6. gibt es zwei strecken, die von roten punkt-autos befahren werden. die eine strecke führt nach emmersgrund, einer schlaf- bzw. trabantenstadt , wo die bewohner ein komitee gegen die fahrpreiserhöhung gebildet haben. die andere in die entgegengesetzte richtung nach neckargemünd.

protest kommt auch aus dem altersheim st. hedwig, das eine resolution gegen die erhöhung verfaßt und dem gemeinderat zugeleitet hat. dazu heißt es: "die tatsache, daß auch ältere menschen diesen protest unterschrieben haben, soll zeigen, daß die derzeit stattfindenden blockaden nicht nur die sache einiger 'jugendlicher demonstranten' sind, sondern der ausdruck der empörung der allermeisten heidelberger über diesen neuerlichen griff in ihren geldbeutel durch die stadt ". (aus heidelberger tageblatt, 25.6.)

"völlig unverständlich", findet die "rhein-neckar-zeitung", "daß sich sogar rollstuhlfahrer, teilweise fotografierend, in das getümmel mischten. "

die ötv-kreisverwaltung hat sich - aufgrund der basis-initiativen in der ötv - auch für aktionen ausgesprochen.

das heidelberger krebsforschungszentrum hat nach zehnminütiger diskussion beschlossen, an der verbotenen demonstration vom 26.6. teilzunehmen.

lehrlinge der firma mecano-bundy haben den dgb-kreisvorstand aufgefordert, noch vor dem 2. august eine demonstration gegen die fahrpreiserhöhung durchzuführen.

auch der senat der ph heidelberg ist entschieden gegen die geplante erhöhung.

hier der bericht eines beteiligten:

"am donnerstag, den 19.6., gab es einen vom kbw organisierten sternmarsch zum bismarckplatz; nach einer halben stunde wurden die besetzer des platzes von der polizei abgedrängt. die anschließenden blockaden in den zufahrtsstraßen wurden teilweise brutal niedergeknüppelt. am nächsten tag lief die blockierung der schienen besser, weil wir in kleinen gruppen operierten. erstmals wurde in heidelberg der "pepper-fog" eingesetzt, der die schleimhäute stärker reizt als tränengas, zu übelkeit führt und kopfschmerzen verursacht. der samstag, an dem wir über 2.000 demonstranten waren, wäre für uns nicht so gut verlaufen, da wir mit zu großen trupps nicht beweglich genug waren und die polizei mobil ziemlich schnell mit wasserwerfern und knüppeleinsatz eingriff. als die demo in der hauptstraße schon fast aufgelöst war, machte die polizei noch schnell einen brutalen tränengaseinsatz auch gegen passanten, die militanz flackerte auf, tränengas wurde zurückgeworfen, steine flogen vereinzelt, polizeifahrzeuge wurden blockiert. die polizei hatte drei stunden lang keinen erfolg mit der räumung. und unsere stimmung war so gut wie lange nicht mehr, da auch die bevölkerung zumindest auf der hauptstraße zu uns hielt.parole u.a.: "weg mit der grünen armee fraktion".

"heute, 25.6., lief es genausogut wie am samstag, nur waren wir etwa 3.000 und um ein gutes stück beweglicher. morgen findet eine weitere verbotene demo statt; gleichzeitig versuchen wir eine rote punkt-aktion, getragen von spontis und shs, bisher ohne kbw, zu starten."

WYHL (ID)
24. juni

KAISERSTUHL - DIE WAHRE VOLKSHOCHSCHULE

"tief im wyhler wald,
da steht ein freundschaftshaus so groß und rund:
drinn isch e' volkshochschul',
für unser volksgewuhl,
im schöönen, schöönen whyler wald." (lied eines kaiserstühler bauern)

die "volkshochschule whyler wald" ist nur ein bestandteil einer viel größeren, der wohl lebendigsten volkshochschule der bundesrepublik - diese volkshochschule umfaßt das gesamte gebiet des kaiserstuhls, und unterricht findet rund um die uhr, vom sonnenaufgang bis zum nächsten sonnenaufgang statt. eines der hauptfächer

heißt "politische bildung", dieses fach beinhaltet sowohl das studieren der politischen ökonomie am eigenen leibe als auch die rolle der parteien und politiker im "rechtsstaat". die nebenfächer sind psychologie, alle arten von fachwissen, von rebenwirtschaft bis zur kernphysik.

unterrichtstag 11. juni: die cdu-fraktion des landtages von baden-württemberg stellt sich den kaiserstühlern zu rede und antwort, zur gleichen zeit in fünf verschiedenen orten, so auch in endingen im wirtshaus "zum schützen". hier tritt der staatssekretär im umweltministerium, herr teufel (vor neun monaten noch staatssekretär im innenministerium), auf. das hauptinteresse gilt den sicherheitsbestimmungen. (zwischenruf: "wir brauchen die sicherheit, die die richter in stammheim haben".) als herr teufel sich mit dem satz blamiert: "ich kenne genausowenig den katastrophenplan wie sie" erreicht der unterricht seinen höhepunkt, die "schüler" bekommen tränen in die augen vor lachen.

es kommt nochmal zu einem heißen augenblick, als einer der winzer herrn teufel auf die widersprüche der public-relations methoden anspricht: "sie! sie hören mit dem grinsen sofort auf, sonst passiert was. sie lächeln hier den ganzen abend, wo es uns um leben und tod geht! das ist doch eine brutale gemeinheit!" vom angstlächeln des herrn teufel bleibt zunehmend nur noch die angst übrig.

das unterrichtsmaterial wird direkt von den vortragenden "besorgt", allerdings ohne ihr einverständnis. es bleibt den schülern nicht verborgen - unter den akten der abgeordneten steeb und ludwig befindet sich der tagungsbericht über strahlenschutz, der den teilnehmern der kaiserstühler volkshochschule ein anschauliches material von der gefährlichkeit der kernenergie liefert, da er unter anderem alle verschwiegenen strahlenschäden aus dem jahre 1972 enthält. noch in der nacht werden die "vorträge" aus den verschiedenen orten analysiert und miteinander verglichen; dieses fach heißt in der sprache der kaiserstühler volkshochschule "schwätze".

unterricht in angewandter psychologie, auf dem besetzten platz in der nacht gegen 2.15 uhr; a. (einige bezeichnen ihn als "ngs" = nicht ganz sauber, da er schon etwas mit § 51 und der psychiatrie zu tun gehabt haben soll) hat sich hoffnungslos vollaufen lassen. jetzt liegt er mitten auf dem weg, endlich, nachdem er seit früh morgens gesoffen hat, hat er es geschafft, sich fertigzumachen. er kann dort nicht liegenbleiben, da sind sich die nachtwache schiebenden teilnehmer der kaiserstühler volkshochschule alle einig - nur wie schafft man a. in seinen schlafsack? darf er überhaupt auf dem platz bleiben? hier folgt eine kurze behandlung der zustände in den bundesrepublikanischen psychiatrischen anstalten, denen man a. doch nicht ausliefern will. ein junger platzbesetzer würde ihn am liebsten verprügeln, er versuchts mit gewalt. ein älterer winzer erwägt, a. doch einfach in ruhe liegen zu lassen. ein anderer junger mann erkennt endlich die lösung, er führt a. in eine ruhige ecke des platzes und lullt ihn ein, wie man ein krankes kind, das a. ja auch ist, zum schlafen bringt.

gesangsunterricht und illustrierter vortrag "neue linke", nachtwache vom samstag auf sonntag, den 15. juni; mehrstimmiger gesang, alte lieder vom kaiserstuhl und neue von matrosen in hanoi, in perfekter volkslied-manier. gegen zwei uhr zwischenfall "politische bildung : neue linke". bereits seit stunden diskutiert eine kleine gruppe freiburger kpd/ml-er neben der gesangsgruppe, die durch die freiburger "kommunischte" gestört wird. sie bitten um erlaubnis, auf dem platz politisch arbeiten zu dürfen, was ihnen wie schon in zahlreichen anderen fällen und allen parteien kurzerhand verwehrt wird. doch der ml-er läßt sich nicht abweisen; da springt ein älterer bauer, sichlich "unter strom", auf, und will ihm an die kehle - er meint, die zwei stunden diskussion sollten doch genügen, da die freiburger doch nichts begreifen. es entsteht ein kleines mißverständnis, und schon landet der junge freiburger "kommunischt" auf dem harten boden des seit vier monaten besetzten platzes. der bauer tobt, die anderen finden diese behandlung genauso richtig wie die instinktlosigkeit des jungen "schlossers". dann geht die gesangstunde weiter. die ml-er (wochenendschüler der kaiserstühler volkshochschule) ziehen sich zurück zu ihrem lagerfeuer, um den sinn eines alten chinesischen spruches - "vom volke lernen" - zu erforschen.

BIBLIS (ID)
26. juni

BÜRGERMEISTER SEIB - FÜR KKW - ERNTET HOHNGELÄCHTER

kurz zum sachverhalt: in biblis läuft seit mitte letzten jahres (beginn des probebetriebes) der größte atomkraftwerksblock (1200 mw) der welt. der zweite block ist in bau und soll ende des jahres in probebetrieb gehen. am 18. april 1975 stellte das rwe (rheinisch westfälisches elektrizitätswerk) den genehmigungsantrag für block c und c.

am 23. juni fand in der bibliser riedhalle eine diskussion über die erweiterung statt, die die örtliche bürgerinitiative veranstaltete. anwesend war auch bürgermeister seib von biblis, der eifrig für das rwe und die erweiterung sprach. mit seinen argumenten, die auswirkungen der anlage würden am zaun des kraftwerkes aufhören, erntete er nur hohngelächter im saal. die etwa 400 bürger aus biblis und umgebung waren sehr gegen das rwe. die diskussionsbeiträge zeigten, daß die leute sich gegen die anlage und ihren ausbau wehren. für das rwe sprachen nur ein bauer, der an dem geländeverkauf für das kkw seinen schnitt gemacht hat und jemand, der offensichtlich zeigen wollte, daß die bibliser gastwirte an den bauarbeitern ihr geld verdienen können.

am schluß der veranstaltung wurde eine resolution verabschiedet:

es wird mehr information für die gefährdete bevölkerung gefordert.

das kkw mit den blöcken a und b ist für biblis mehr als genug: den irrtum, daß nicht alles reibungslos funktioniert, kann sich ein atomkraftwerk nicht leisten. die gemeindevertretung von biblis soll für die gefährdeten gemeinden des betreffenden raumes eine gesundheitsstatistik erstellen, parallel dazu eine von einer anderen gemeinde der brd mit derselben bevölkerungsstruktur wie biblis und umgebung, aber ohne kernkraftwerk. die vergleichsstatistik muß alljährlich dem personenkreis veröffentlicht werden, der gefährdet sein kann.

die gemeindevertretung wird gefragt, ob sie überhaupt über den bau von block b abgestimmt hat, ob sie jemals mit wissenschaftlern gesprochen haben, die eine kritische einstellung zum bau von kkw`s

haben, ob sie bereit sind, solche nach biblis zur diskussion einzuladen. es wird kritisiert, daß das rwe in einem rundschreiben an die bevölkerung über das kkw berichtet, als handele es sich um die erweiterung eines supermarktes, und warum die gemeindevertretung es für richtig hält, den erstellten katastrophenplan geheimzuhalten.

WORMS (ID)
26. juni

PODIUMSDISKUSSION ZUM KKW BIBLIS

am 26. juni fand in worms eine podiumsdiskussion statt über das kkw biblis mit vertretern des rwe (rheinisch-westfälische-elektrizitätswerk), des sozialministeriums rheinland pfalz, der fachschaft biologie der ewh worms, der arbeitsgemeinschaft umweltschutz in heidelberg und der arbeitsgruppe umwelt im aktionskreis jugendhaus in selbstverwaltung worms.

die herren von rwe bestritten natürlich wie gehabt sämtliche argumente der umweltschützer, kamen aber beim publikum zum größten teil damit nicht durch. die rweler hatten zusätzlich noch ihre leute im saal verteilt, die durch geschäftsordnungsanträge und solche mätzchen verhindern wollten, daß eine vernünftige diskussion zustande kommt, was ihnen aber nicht gelang.

der herr jäger vom ministerium unterschied sich in seiner argumentation kaum vom rwe. er zeigte ziemlich klar, auf welcher seite er steht. und dieser mann bearbeitet den genehmigungsantrag für das kkw der basf in ludwigshafen!

negativ an der veranstaltung war, daß nur etwa 200 leute kamen, obwohl die veranstaltung breit angekündigt war. das kkw scheint im bewußtsein der leute in worms-stadt kaum zu existieren, obwohl wir nur 8 bis 10 km von kkw biblis entfernt sind. in den dörfern der umgebung und auch in den vororten ibersheim (1,2 km entfernung zum kkw) und rheindürkheim (4 km) ist die stimmung viel stärker gegen das kkw und den ausbau.

wir werden zusammen mit den bürgerinitiativen und den anderen umweltschutzgruppen in unserem raum in nächster zeit eine informationskampagne machen, um den leuten die auswirkungen des kkw's klarzumachen, damit eine breite front dagegen auch hier entsteht.

unsere kontaktadresse: arbeitsgruppe umwelt im aktionskreis
jugendhaus in selbstverwaltung
c/o barbara hämmerl, 652 worms, friedrich-ebert-str. 3

BERLIN (ID)
24. juni

MIETER LASSEN SICH NICHT VERSCHAUKELN

bewohner des klausener platz in berlin haben sich in einer mieterinitiative zusammengeschlossen, um sich "gegen die menschenunwürdige sanierung" ihres wohngebietes zur wehr zu setzen. durch gemeinsamen wiederstand konnte verhindert werden, daß im ersten bauabschnitt nach den richtlinien des sozialen wohnungsbaus saniert wurde, was eine kaltmiete von mindestens 4,50 mark pro qm bedeutet hätte. jetzt wollen die "neue heimat", der senat und das bezirksamt durch die hintertür die neuen mieten anheben. sie wollen für "instandsetzung" weitere acht prozent auf die grundmiete aufschlagen.

dazu die bewohner des betroffenen blocks 118 und die mieterinitiative sanierungsgebiet klausener platz e.v.: "wir zahlen nicht für unterlassene instandhaltung!weg mit den acht prozent! wir wissen, daß damit nur der erste schritt für bald folgende weitere mieterhöhungen versucht werden soll. wir wissen, daß hier zeichen gesetzt werden sollen für das gesamte sanierungsgebiet. wir werden es uns nicht gefallen lassen, daß wir, unsere freunde und bekannten, durch zu hohe mieten aus diesem gebiet vertrieben werden! wir, die seit jahren und jahrzehnten in verkommenen häusern leben müssen, haben das recht, in den häusern zu bleiben, wenn sie endlich in einem menschenwürdigen zustand sind - und zwar zu mieten, die wir auch bezahlen können!" so fordern sie: "vergabe der wohnungen ausschließlich an mieter aus dem gebiet! jeder, der im gebiet wohnt und miete zahlt, hat ein recht auf umsetzung im gebiet - also auch untermieter! während der kernbauzeit in allen fällen - auch bei zwischenumsetzung - pauschale entschädigungen! pro woche für jeden erwachsenen 200 dm, für jedes kind 100 dm. sofortige offenlegung der heizkostenabrechnung! 1,10 dm pro qm ist zuviel! berechnung der heizkosten nach individuellem verbrauch!

bevor die erfüllung unserer berechtigten forderungen nicht schriftlich zugesagt ist, werden wir unsere wohnungen nicht freimachen und die baumaßnahmen in unseren wohnungen nicht zulassen. anderslautende schreiben gehen zurück und haben für uns keinerlei verbindlichkeit."

die skepsis gegenüber mündlichen zusagen resultiert aus alltäglichen erfahrungen der bewohner des sanierungsgebietes: meist wurden sie verschaukelt. so berichten mieter der nehringstraße 30, block 118 "wir, zwei mietparteien, die gemeinsam eine größere wohnung beziehen wollten, hatten von der "neuen heimat" eine mündliche zusage für eine modernisierte wohnung im block. kurzfristig (zwei tage vor dem von der "neuen heimat" gesetzten auszugstermin) bekamen wir die schlüssel für eine dreizimmerwohnung in der seelingstr ausgehändigt, in der wir bis zur fertigstellung der modernisierten wohnung wohnen sollten.

durch die schlechten erfahrungen anderer mieter mit der "neuen heimat" mißtrauisch geworden, wollten wir die mündlichen zusagen v o r u n s e r e m a u s z u g schriftlich bestätigt haben. statt dieser zusage kam am nächsten tag die kündigung für den nutzungsmieter und das angebot einer einzimmerwohnung für den anderen mieter. also kein wort mehr von der versprochenen großen wohnung für uns, sondern unser rausschmiß!"

daß die erfahrungen und erfolge der sich wehrenden mieter die anderen bewohner ermuntern, zeigt ein flugblatt, in dem zu einer blockversammlung aufgerufen wird:

"wie wir alle wissen, sollen die baumaßnahmen in diesem block noch im herbst beginnen. alle hinterhäuser werden abgerissen, die vorderhäuser so umgebaut, daß vom altbau nur noch die fassade stehen bleibt. das hätte zur folge, daß wir aus unseren wohnungen raus müssen. wir, die wir noch in diesem block wohnen, lassen uns aber nicht wie schon viele andere vor uns nach spandau in teure neubauten abschieben. die mieter im block 118 haben sich

zusammengeschlossen und im gemeinsamen kampf erreicht, daß sie in ihren modernisierten wohnungen zu tragbaren mieten bleiben. auch wir können nur durch ein gemeinsames vorgehen unsere interessen durchsetzen und erreichen, daß wir in unseren wohnungen bleiben, oder angemessene ersatzwohnungen i m g e b i e t erhalten."

(siehe auch: berlin: sozialarbeiterin von der "neuen heimat" entlassen)

BERLIN (ID)
25. juni

SOZIALARBEITERIN VON DER "NEUEN HEIMAT" ENTLASSEN

die sozialarbeiterin eva schindele war bis zum 20. juni bei der "neuen heimat" beschäftigt – im sanierungsgebiet klausener platz. an diesem tag wurde sie rausgeschmissen, weil sie vor der "neuen heimat" und im sanierungsgebiet folgendes flugblatt verteilt hat, das über ihre drohende kündigung berichtete:

"eva schindele ist sozialarbeiterin bei der "neuen heimat". die "neue heimat" weigert sich, nach dem 30.6.1975 ihren vertrag zu verlängern. was hat eva schindele im gebiet gemacht? ein beispiel: frau r. wohnt vierzig jahre in der neufertstraße und ist über 80 jahre alt. sie wurde seit jahren von einer nachbarsfamilie betreut. diese familie zog im frühjahr in eine teure neubauwohnung in spandau. inzwischen ist frau r. die vorletzte mieterin im haus. die nachbarsfamilie fehlt ihr wie das tägliche brot. sie kann ihre nähere umgebung kaum noch verlassen und sitzt veränstigt in ihrer stube. mit jeder weiteren entmietung in der neufertstraße nimmt ihre einsamkeit und hoffnungslosigkeit zu. für die neue heimat ist frau r.'s fall nur ein problem von entmietung, abriß, neubau und warmwasserversorgung. bei einem ihrer hausbesuche wurde eva schindele auf frau r. aufmerksam. sie besucht sie regelmäßig und spricht mit ihr über ihre situation. sie besorgte ihr eine instandgesetzte wohnung im gebiet und verschaffte ihr eine altenpflegerin.

eva schindele versteht sozialarbeit nicht nur als b ü r o a r b e i t . weit über ihre normale arbeitszeit hinaus sprach sie mit den bewohnern auf der straße und in den häusern. sie informierte sich im laden der mieterinitiative, in der sich mieter gegen die menschenunwürdige sanierung gemeinsam zur wehr setzen. die bedürfnisse der mieter, die sie durch diese arbeit kennenlernte, vertrat sie auch gegenüber ihren kollegen bei der "neuen heimat" und beim bezirksamt.

eine solche sozialarbeit, die den mietern keinen sand in die augen streut, ist nicht im sinne der "neuen heimat"-chefs. sie wollen die mieter durch einzelgespräche im büro von ihrer gemeinsamen lage ablenken. so soll der reibungslose ablauf der sanierung gegen die bewohner durchgesetzt werden. dadruch, daß eva schindele durch kontakte und gespräche half, eine gemeinsamkeit unter den mietern herzustellen, sahen die "neue heimat"-chefs ihre pläne bedroht. eva schindeles kontakt mit der mieterinitiative war der grund für ihre kündigung ..."

(siehe auch: berlin: mieter lassen sich nicht verschaukeln)

KÖLN (ID)
26. juni

BRANDSTIFTUNG BEIM SSK ?

"gestern abend, den 25.6., um halb zehn ist ein brand in einer lagerhalle, die wir im februar 75 besetzt hatten, gelegt worden. (siehe id 71,74) in der halle war zu der zeit keiner von uns anwesend und das feuer entwickelte sich wohl sehr schnell, weil viel leicht entzündbares material (kleider und möbel) dort gelagert war. eine wohnung, in der leute von uns wohnen, die schräg darüberliegt, ist zwar nicht abgebrannt, aber durch die starke rauchentwicklung zur zeit unbewohnbar. direkt neben der halle liegt das haus, das heinrich böll letzten november für uns gekauft hat. das feuer griff darauf über und brannte den dachstuhl gänzlich nieder. sämtliche räume sind allerdings auch durch rauch, ruß und löschwasser unbewohnbar gemacht worden. jugendliche vom ssk haben den brand zuerst entdeckt und sofort viel krach gemacht, um die mieter aufmerksam zu machen und zu evakuieren. es haben auch alle das haus verlassen, außer einem alten mann, der sehr schwerhörig war und die rufe wohl nicht gehört hat. er ist schwer verletzt ins krankenhaus eingeliefert worden und ist – soweit ich informiert bin – inzwischen an den brandwunden gestorben.

die anderen bewohner, ausländische arbeiterfamilien und alte leute, haben von der stadt übergangsweise wohnungen zur verfügung gestellt bekommen. "unsere leute" haben wir selbst untergebracht.

nicht beschädigt ist ein garagenkomplex, in dem wir am dienstag eine zweite ambulanz einweihten und eine weitere lagerhalle, die den beschädigten gebäuden gegenüberliegt, in der auch heute kleider und möbel verkauft wurden. in der nachbarschaft zeigte sich breite solidarität. die katholische pfarrjugend und andere leute kamen, und boten ihre hilfe an. ein transportunternehmer brachte uns eine ganze wohnungseinrichtung, nachdem er von dem vorfall gehört hatte. diese sympathie für unsere arbeit war sehr wichtig für uns. heute abend (also vergangenen donnerstag, die red.) werden wir uns treffen und diskutieren, wie wir weitermachen. zunächst fordern wir alle leute, die uns kennen, auf, sich an die stadt köln zu wenden und sich für unterstützung unserer arbeit einzusetzen."

KÖLN (ID)
25. juni

KAUFHOF-CHEF VERLANGT DEMONSTRATIONSVERBOT

nippes (kölner stadtteil) -kaufhofdirektor obermüller wird auch außerhalb seines direkten geschäftsbereichs nicht müde, sich für die "probleme des einzelhandels" einzusetzen. so schrieb er am 29.1. an den landtagspräsidenten dr. lenz folgenden brief:

hans-joachim obermüller, 5 köln 60 (nippes), neußer str. 242-244, 29.1.75.

herrn landtagspräsident dr. wilhelm lenz, mdl, 5 köln 21 (deutz), eitorfer str. 29

"sehr geehrter herr dr. lenz, gestern abend gaben sie mir gelegenheit, ihnen die probleme des einzelhandels in köln-nippes, neußer straße, vorzutragen, insoweit diese sich aus dem regelmäßigen auftreten linksradikaler parteien, wie der kpd/ml und der dkp, ergeben. ihrem wunsche entsprechend möchte ich ihnen die vorkommnisse der letzten zeit einmal beschreiben."

im folgenden klagt direktor obermüller, daß "am 21.12.1974, dem letzten verkaufsoffenen samstag" und am 25.1.75 die dkp vor dem kaufhof in nippes einen informationsstand aufgebaut hat, an dem sie

den kaufhof der "preistreiberei", des "lohnraubs und des ruins der kleinen kaufleute durch die handelskonzerne" beschuldigte. obermüller reagierte empfindlich: er rief die polizei und stellte strafanzeige gegen die verantwortlichen; sein brief an den landtagspräsidenten endet mit der aufforderung, zugunsten der kaufhofumsätze grundrechte zu vernachlässigen. immerhin hat sein klagen schon früchte getragen: seit februar gibt es für die dkp vor dem kaufhof keine standgenehmigung vom ordnungsamt mehr.

"sehr geehrter herr dr. lenz, ich habe versucht, die vorgänge sachlich und wertfrei zu schildern. bitte gestatten sie mir dennoch die bemerkung, daß ich die politische situation in nippes für unmöglich halte. sie ist eine ständige belästigung und behinderung für alle bürger, nicht nur für die kaufleute. daß unsere geschäfte empfindlich gestört werden und die umsätze dadurch rückläufig sind, ist keine frage.

vielleicht können sie uns helfen und darauf einfluß nehmen, daß in köln-nippes in zukunft nicht mehr die meisten protestdemonstrationen, ausschreitungen und schlägereien durch linksradikale parteien in köln stattfinden. ein totales oder zumindest für längere zeit ausgesprochenes demonstrationsverbot würde mäßigend wirken.
mit bestem dank und freundlichen grüßen obermüller"
aus: kölner volksblatt nr. 6, juni 1975

MAINZ (ID)
20. juni

INTERESSENGEMEINSCHAFT MAINZER MUSIKGRUPPEN

die vier mainzer musikgruppen "erlkönig", "graufabrik", "odessa" und "use", die alle in der regionalen musikszene tätig sind, haben sich zur interessengemeinschaft mainzer musikgruppen (i.m.m.) zusammengeschlossen. sie wollen zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen, um aus der isolation, die zu übertriebenem konkurrenzdenken, übler nachrede, kontaktscheue und unkollegialem verhalten führte, herauszukommen. anfang 1975 wurde die initiative ergriffen. man traf sich und stellte gemeinsam fest, daß alle gruppen die gleichen probleme haben. so entstand die i.m.m., die sich folgende aufgaben stellt: regelmäßige treffen, erfahrungsaustausch, konkrete hilfeleistungen bei anlagen- transport- und organisationsproblemen, sessions, gemeinsames management und promotion.

die ziele: wandel von isolationsdenken zu kooperativem handeln, öffentlichkeitsarbeit, d.h. stellungnahme zur lage der musikszenen, gründung neuer interessengemeinschaften. sie wollen verhindern, daß das konkurrenzverhalten vieler musikgruppen, die profitgier vieler veranstalter und der musikindustrie auf dem rücken des publikums und der musiker ausgetragen wird. zudem soll z.b. durch informationsblätter die distanz zwischen musikern und zuschauern verringert werden. kontaktadresse: interessengemeinschaft mainzer musikgruppen, c/o volker barbe, 65 mainz, am lungenberg 33, tel.: 06131/381840.

CASTROP-RAUXEL (ID)
26. juni

MATERIAL ÜBER KNASTSITUATION GESUCHT !

wir, die theatergruppe maloche castrop-rauxel, sind eine unabhängige, partei- oder organisationsgebundene gruppe, die versucht, spezielle probleme ganz spezieller gruppen aufzuzeigen, indem wir sie spielerisch darstellen. theater für leute, um die man sonst kein theater macht. wir setzen uns zur zeit auch sechs personen verschiedener politisch linker richtungen zusammen und existieren seit ungefähr einem jahr. auch finanziell bekommen wir keine unterstützung, lediglich in schauspielerischer und organisatorischer hinsicht ist uns das westfälische landestheater in castrop-rauxel behilflich.

wir haben bisher zwei stücke gespielt bzw. spielen sie jetzt, die sich beide mit lehrlingsproblemen beschäftigen. beide stücke wurden in zusammenarbeit mit einer lehrlingsgruppe selbst geschrieben und produziert. zur zeit übernehmen wir gerade ein von mannheimer genossen geschriebenes § 218-stück.

als nächste produktion haben wir dann ein stück über die knastsituation in der brd geplant. dieses stück soll wiederum selbst produziert und in zusammenarbeit mit insassen der castroper vollzugsanstalt maisenhof geschrieben werden. das stück muß bis märz 76 stehen, denn im märz hat die volkshochschule castrop-rauxel bereits eine aufführung gekauft.

wir möchten euch nun bitten, uns über dieses thema material zu schicken, (speziell folter- und isolationshaft, aber nicht nur über politische häftlinge sondern auch allgemeine "kriminalität") denn darauf kommt es uns an: zu zeigen, daß diese gesellschaft schuld ist, den moralischen zeigefinger mal weglassen und klarmachen, daß man nur etwas ändern kann, wenn man die gesellschaft ändert.

wir können jedes material brauchen, sagen aber jetzt schon, daß wir es wohl nicht bezahlen können. vielleicht aber laßt ihr trotzdem mal von euch hören und schickt uns ein paar sachen. wenn ihr das tut, schreibt bitte dazu, wenn ihr ferner nicht erwähnt werden sollt. falls das nicht der fall ist, nehmen wir an, daß es euch recht ist, wenn wir bei aufführungen und unseren plakaten euren namen und eure unterstützung erwähnen.

alles nähere ist zu erfahren bei: theatergruppe maloche c/o reinhard spieß, 462 castrop-rauxel, bussardstr. 6.

FRANKFURT (ID)
25. juni

GOLLANCZ-STIFTUNG NICHT MEHR FÖRDERUNGSWÜRDIG

die auseinandersetzungen in der victor gollancz-stiftung (einer bundeszentralen fortbildungsinstitution für sozialarbeiter/-pädagogen) haben einen vorläufigen höhepunkt erreicht.

nachdem der vorstand den arbeitsgerichtsprozeß gegen heinz bott und herbert swoboda in erster instanz verloren hat (siehe id nr. 76), traten fünf vorstandsmitglieder, die sehr aktiv diese kündigungen der beiden mitarbeiter vorangetrieben hatten, zurück. dieser schritt war offensichtlich mit dem ministerium koordiniert, denn der stiftung wurden die mittel für das haushaltsjahr 1976 entzogen, da die förderungswürdigkeit nicht mehr gegeben sei. in einer mitgliederversammlung am 8. 6. wurde diese repression auch noch von der mehrheit der mitglieder, die einmal ausgezogen wa-

ren, die sozialarbeit zu reformieren, ausdrücklich gebilligt; den fünf vorstandsmitgliedern wurde das vertrauen ausgesprochen, ein sozialplan beschlossen. damit hoffen sie, über die runden zu kommen.

es läßt sich eindeutig teststellen, daß sich der druck insbesondere gegen den basisorientierten sozialarbeiterischen arbeitsansatz richtete. während der ganzen konfliktphase standen die arbeitsfelder "modelle offener jugendhilfe" und "gemeinwesenarbeit" im mittelpunkt der kritik.

daß einmal von der auswirkung auf die fortbildungssituation abgesehen, mit der liquidation der stiftung auch noch 25 angestellte ihre arbeitsplätze verlieren, war dem vorstand und der mehrheit der mitglieder nicht einmal erwähnenswert.

in den letzten wochen hat sich eine initiative aus mitgliedern der victor gollancz-stiftung, sozialarbeitern/-pädagogen, professoren der erziehungs- und sozialwissenschaften und personen aus der fachöffentlichkeit zur erhaltung der stiftung gebildet. der initiative geht es: 1. um die offenlegung der wahren gründe für den mittelentzug; 2. um die weiterführung der victor gollancz-stiftung, damit die fortschrittlichen fortbildungsansätze sichergestellt werden; 3. um den erhalt der arbeitsplätze von 25 angestellten.

nähere informationen: informationsschrift sozialarbeit im sb, 605 offenbach, postfach 591

DÜSSELDORF (ID) 25. juni — JUGENDHILFEKONGRESS – BETRIEBSAUSFLUG DER VERBANDSFUNKTIONÄRE

der 5. deutsche jugendhilfetag im september 1974 in hamburg wurde von der arbeitsgemeinschaft für jugendhilfe (agj) abgesagt. es hatte sich eine sozialistische aktion gegründet, die auf dem jht die aktuellen probleme der jugendhilfe politisch diskutiert haben wollte (siehe id nr. 61, 57, 55, 52, 40). angst vor konfrontation und massiver kritik am jugendhilfegesetz durch die teilnehmer am jht veranlaßte die agj, 1975 hinter verschlossenen türen zu tagen und mit starken eingangskontrollen einen kleinen erweiterten delegiertenkongreß zum thema: "jugend und recht" durchzuführen. in stiller angeschiedenheit des düsseldorfer messegeländes versammelten sich etwa 400 delegierte (600 waren eingeladen – 180 waren oft nur im plenum) der etwa achtzig mitgliederverbände der agj.

die diskussionen, berichte und resolutionen zu den vier schwerpunkten "familie", "außerschulische erziehung", "jugendarbeit und freizeit" und "ausbildung und beruf" enthalten keine neuen aspekte für die diskussion der jugendhilfe. viel bedrucktes papier war einziger trost vieler delegierter, die häufig gelangweilt ihre arbeitsgruppen verließen, um kaffee in der messebar zu trinken. auch dieter greese, der geschäftsführer der agj, zeigte sich in der pressekonferenz "im gewissen sinne unbefriedigt". der nächste jht 1977 soll seiner meinung nach als "halboffener" kongreß durchgeführt werden. letztlich zeigten sich auch die fortschrittlichen verbände und organisationen resigniert. obwohl sie zum teil detaillierte forderungen zum jhg vorweisen können (deutsches jugendinstitut, gewerkschaftsjugend, victor gollancz-stiftung, falken, naturfreundejugend, arbeiterwohlfahrt), gaben sie sich wenig kämpferisch und setzten sich mit ihrer kritik und ihren alternativvorstellungen in den diskussionen kaum durch.

OSNABRÜCK (ID) 26. juni — ANGEBLICHER ANSCHLAG DER GRUPPE I. R. A.: EINE PROVOKATION

wie im id von letzter woche berichtet, ereignete sich am 2.6. in osnabrück die offizielle einladung der ira und anderen vertretern durch den dortigen oberbürgermeister. wir schrieben dazu, daß dieser anlaß eine unerhörte provokation in einer stadt bedeuten müsse, die zu den wichtigsten garnisonsorten der britischen rheinarmee zählt und wußten garnicht, wie wahr sich diese vermutung erweisen sollte.

in der nacht nach dem offiziellen empfang wurde in der osnabrücker siedlung "haus wöhrmann", wo alte leute, rentner und arbeiter leben, ein tiefer graben in der zufahrtsstraße ausgehoben: in der absicht, auf diese weise schwere verkehrsunfälle zu provozieren, achsenbrüche und schlimmeres. an einer wand neben diesem graben stand in ölfarbe zu lesen: "anschlag der gruppe i.r.a.". es gibt weder eine gruppe i.r.a., noch anschläge auf alte leute, rentner und arbeiter, wohl aber gibt es eine britische armee und deren geheimdienst, die in nordirland die technik der sogenannten "ramps" hervorragend beherrschen, dem blitzschnellen einrichten von straßensperren und blockaden. mit sicherheit wird gegen d i e s e schuldigen niemand ermitteln.

OBERURSEL (ID) 26. juni — ERNEUTER VERSUCH DER KRIMINALISIERUNG DES IRLANDKOMITEES

ein info 8 und zwei rundschreiben unseres komitees an die gefangenen pohl und eckes wurden von seiten des zuständigen richters isbarn beim amtsgericht hamburg mit folgendem beschluß bedacht: "sowohl die informationsschrift als auch die rundschreiben fordern unverblümt zur gewalt, wobei die tendenz sich auf gewalt schlechthin ausrichtet. das ergibt sich u.a. aus dem satz in abs. 1 des rundschreibens: "wir erwarten mithin kritiken, organisatorische anfragen, gemeinsame planung bei veranstaltungen, zeitungen und aktionen."

der eben zitierte aus unserem rundschreiben nr. 25 ist mithin der fundamentale "beweis" dafür, daß wir "unverblümt" zur "gewalt schlechthin" aufrufen. es ist solche "rechtsprechung" in der tat ein

unverblümter auftakt zu einer willkürjustiz, die begründungen garnicht mehr nötig hat, sondern terroristisch schaltet und waltet. wir haben gegen den beschluß beschwerde eingelegt und gegen den richter dienstaufsichtsverfahren eröffnet, illusionslos.

westdeutsches irlandsolidaritätskomitee, 637 oberursel, postfach 35

MANNHEIM (ID)
26. juni

BUNDESWEHR: ERST ARREST, DANN ENTLASSEN

die drei kameraden, die wegen teilnahme in uniform an der 1. mai-demonstration 75 insgesamt zu 35 tagen arrest verknackt wurden (siehe id nr. 84), sind vor zwei wochen, sofort nach beendigung des arrests, vom dienst suspendiert worden.

auch der vertrauensmann der 3. kompanie/schweres fernmeldeverbindungsbatallion 790 wurde, kaum aus dem urlaub zurück, suspendiert. alle vier wurden am 25.6.75 vorzeitig aus der bundeswehr entlassen.

FRANKFURT (ID)
25. juni

POLIZEI AN DER UNI

die auseinandersetzungen um den mathematik-professor rudolf borges an der frankfurter universität haben sich mittlerweile soweit verschärft, daß krupp, borges und komplizen die polizei auf den plan gerufen haben. diese neue eskalation wurde von den profs bewußt erzeugt, um den studenten klarzumachen, wessen universität dies ist. "es ist nicht möglich, daß studenten oder gruppen von studenten forderungen bezüglich der lehrveranstaltungen stellen" (mathe-dekan stummel zu unserer kritik an der borges-vorlesung).

ein semester lang hatte borges uns lehrerstudenten für haupt- und realschule mit seiner unverständlichen vorlesung traktiert und wollte uns zum abschluß des semesters noch eine klausur mit katastrophalen bedingungen aufzwingen. auf 14 räume verstreut über die ganze uni sollten wir in gruppen von ca. 20 leuten, beaufsichtigt von einem prof un einem hiwi, die klausur schreiben.

das war die antwort borges auf das letzte semester. im letzten wintersemester gab es, als borges, gedeckt vom fachbereich, für uns die leistungsanforderungen praktisch verdoppelte, in seiner vorlesung keine ruhe mehr. borges brach die vorlesung ab. wir organisierten uns daraufhin in gruppen, um uns zusammen mit älteren semestern den stoff anzueignen. am ende des wintersemesters wollte borges uns die klausur in zwei hörsälen schreiben lassen. wir beschlossen aber alle in einem hörsaal die klausur gemeinsam zu schreiben. das konnten wir auch durchsetzen. alle versammelten sich in einem hörsaal, die anderen wurden unbrauchbar gemacht. die klausur wurde anerkannt.

aber diese war nicht die entscheidende für unseren prüfungsrelevanten schein, diese sollte am letzten freitag geschrieben werden.

daher war es die strategie von borges, stummel (dekan), im sommersemester sofort auf konfrontationskurs zu gehen. doch zu anfang des neuen semesters war uns eine kurze atempause gegönnt: borges war zur "kur" und sein assistent grathwohl vertrat ihn. hier wurde uns vorgeführt, daß es nicht so unmöglich war, eine verständlichere vorlesung zu halten, wie man es uns ständig hat glauben machen wollen. borges indes wurde während seiner kur nicht kuriert. als er wiederkam, war alles beim alten: sein abwürgen von zwischenfragen, sein konzeptloses umherirren im stoff, seine unverschämte art, alle vorschläge und forderungen der studenten kommentarlos zu übergehen.

widerstand regte sich: diskussionsversuche in der vorlesung, flugblätter und eine fragebogenaktion. ihr ergebnis war für borges vernichtend, wie beispielsweise die antworten auf folgende frage zeigen: - vergrößert das vorgehen von borges seine verständnisschwierigkeiten? antworten: 131 ja! 21 nein! 9 keine antwort. - die aufforderung an borges, dazu stellung zu nehmen, quittierte er mit abbruch der vorlesung. danach dokumentierte der fachbereich einigkeit mit borges; dekan stummel und borges erschienen zur nächsten vorlesung gemeinsam, borges schwieg und stummel machte das mickrige zugeständnis von einer viertelstunde stoffwiederholung pro woche. die lächerlichkeit dieses zugeständnisses schien ihm jedoch bewußt zu sein, denn die meiste zeit drohte er mit sofortiger absetzung der vorlesung einschließlich der übungsgruppen im falle weiterer "störungen". "störungen", d.h. versuche mit borges zu reden, gabs dann auch nicht mehr. stattdessen wurden papierflieger gebaut, lieder gesungen, gelacht und im hintergrund leierte borges seine vorlesung runter. jedoch eines schien klar zu sein: die klausur sollte wie im letzten semester in einem hörsaal geschrieben werden.

am mittwoch vor der klausur beschlossen wir bei vier gegenstimmen (etwa 200 dafür), uns vorm hörsaal II zu treffen, um dort die klausur gemeinsam zu schreiben. freitag morgen zeigte sich, daß dennoch einige aus angst keinen schein zu bekommen, in ihre klausurräume gingen. deshalb folgten wir in die einzelnen räume. dort wollte wir mit unseren kommilitonen klären, ob wir nicht schließlich doch in einem hörsaal schreiben sollten. doch bereits nach der ersten diskussion in einem der säle, in dem klausur geschrieben werden sollte, war es für uns nicht mehr möglich, zusammenzubleiben, und es bildeten sich mehrere kleine gruppen, dieebenfallsin anderen klausurräumen diskutierten. die situation konnte von den einzelnen studenten nicht mehr eingeschätzt werden und die entstehende ratlosigkeit steigerte die angst davor, keinen schein mehr zu bekommen. die auseinandersetzungen eskalierten auf den beiden seiten. so wurde aus den meisten klausurräumen die diskussionswilligen studenten von den aufsichtsführenden profs hinausgedrängt und die türen abgeschlossen.

es kam zu handgemengen um eingesammelte klausuren, die borges weggenommen wurden und zum verspritzen von buttersäure. in dieser situation waren sich dekan stummel und krupp darüber einig, daß sie jetzt mit polizeigewalt ihre klausurbedingungen durchsetzen wollten. etwa um 11.15 uhr fuhren drei mannschaftswagen der polizei an; ca. 30 bullen riegelten zwei klausurräume ab und verhafteten sieben studenten, gegen die strafanzeige erstattet wurde.

(basisbericht)

KÖLN (ID)
25. juni

DER ADLER ZEIGT SEINE KLAUEN

fast zwei jahre ist es her, daß berichte über unmenschliche zustände in westdeutschen haftanstalten die öffentlichkeit erreichten. damals wurden solche einzelheiten bekannt wie etwa die totale isolation politischer untersuchungsgefangener, in der zeit sickerten auch die ersten informationen aus dem mannheimer knast, der sich mittlerweile zu einem fall entwickelt hat und doch kein einzelfall ist. die hamburger "glocke", der kölner "klingelpütz" sind weitere stichworte einer reihe von skandalen, die - nimmt man alles zusammen - nicht die ausnahme, sondern offensichtlich in unserem strafvollzugssystem nicht wegzudenkender bestandteil sind. durch viele solcher informationen und beispiele aufgeschreckt, bildeten sich in verschiedenen städten der brd initiativgruppen. so auch im herbst 1973 in köln "komitee zur aufklärung über gefängnisse - initiative gegen folter". mitglieder waren im wesentlichen intellektuelle, die teils durch berufliches (arzt, journalist), teils durch politisches engagement (amnesty international, "christen für den sozialismus") motiviert waren, die öffentlichkeit über die kritikwürdigen zustände zu informieren, um so womöglich einen öffentlichen druck zur veränderung dieser verhältnisse zu erreichen. dazu diente u.a. eine informationsveranstaltung im februar des letzten jahres in dem stadteigenen wallraf-richartz-museum, bei der die theologin dorothee sölle, der stuttgarter rechtsanwalt croissant und der ig metall-redakteur heinz brandt aus frankfurt sprachen. zu dieser veranstaltung wurde mit einer eigenen zeitung eingeladen und mit plakaten.


In den Gefängnissen der BRD wird durch Isolation gefoltert

dies ist der stein des justizanstoßes, denn der staatsanwalt klagte auf verächtlichmachung der bundesrepublik und verunglimpfung ihrer symbole nach § 90a stgb. für ihn war die brd hier als unrechtsstaat bezeichnet worden. daß damals 23.000 teilnehmer des evangelischen kirchentages, die bundeskongresse von jungsozialisten und jungdemokraten, dutzende von gruppen, komitees, veranstaltungen, versammlungen und einzelpersonen dasselbe behaupteten, ja sogar der damalige staatssekretär im nordrhein-westfälischen justizministerium, prof. klug, von "folterähnlichen auswirkungen" sprach, das konnte ihn überhaupt nicht beirren. mitte des monats juni kam es dann schließlich vor dem kölner amtsgericht zum prozeß. aber wiewohl die sieben angeklagten (darunter die inhaber der druckerei "betrieb", in der das plakat hergestellt worden war) in einer mehr als dreistündigen beweisaufnahme sowohl ihre persönliche motivation als auch den gehalt des vorwurfs der "folter durch isolation" belegten, erkannte staatsanwalt wißborn messerscharf, sie seien eben doch nur sympathisanten der "baader-meinhof-bande", die ihren freunden bessere haftbedingungen verschaffen wollten und sollten. 7.000 mark war ihm das zusammen wert. da mochte auch richter eyinck nicht zurückstehen und verfügte nach 15 minuten nachdenken "im namen des volkes", daß der staat (desselben volkes?) beleidigt und dies mit 6.000 mark zu ahnden sei.

die angeklagten haben berufung eingelegt, die justiz hat also noch eine chance, über sich selbst gericht zu sitzen und dabei die wahrheit nicht zu verlieren.

wer aber material zu diesem komplex, vielleicht weitere, ähnliche zitate hat, möge sich mit der redaktion "kölner volksblatt", 5 köln 1, hohenzollernring 97, in verbindung setzen. wer vielleicht an der damaligen veranstaltung teilgenommen hat und immer noch der meinung ist, es sei das recht kritischer demokraten, hierüber zu informieren und auch dafür zu werben, der möge die angeklagten unterstützen. vielleicht kann er dem staatsanwalt oder dem richter (amtsgericht 5 köln 1, appellhofplatz, aktenzeichen 215 - 236 / 74) seine meinung schreiben.

und auch der staatsanwalt kann noch allerhand tun, hat er doch bislang noch manches versäumt, um alle unterstützer der "baader-meinhof-bande" in köln vor seine schranken zu bringen. wie wäre es etwa mit dem städtischen kulturdezernenten hackenberg, der immerhin den saal für diese "sympathisantenveranstaltung" zur verfügung gestellt hat oder den beihelfenden städtischen lohnabhängigen oder dem papierlieferanten für die plakate? alles das ist - wie das drucken - beihilfe und unterstützung. es fehlt wirklich der starke arm, der hier mal durchgreift ...

BERLIN (ID)
25. juni

ÄRZTE LEHNEN ZWANGSUNTERSUCHUNGEN AB

der schlechte gesundheitszustand einiger in hamburg inhaftierter raf-genossen wurde von der justiz zum anlaß genommen, ein rundschreiben an alle knäste zu verschicken, um die teilnehmer an längeren hungerstreiks zwangsweise auf leberschäden zu untersuchen. das heißt, daß den gefangenen auch gegen ihren willen blut abgenommen werden sollte. unter dem mantel der fürsorgepflicht der haftanstalten (man will nicht noch einen fall holger meins lautet die offizielle begründung) werden gefangene schikaniert, die sich am hungerstreik beteiligten.

in berlin-tegel weigerten sich zwei gefangene, die untersuchung durchführen zu lassen und schmissen den anstaltsarzt raus, als er ihnen blut abnehmen wollte. einer von ihnen, willi räther, legte über seinen anwalt sofort eine beschwerde bei justizsenator oxfort ein. sollte die untersuchung dennoch gegen den willen der gefangenen durchgeführt werden, werden sowohl der justizsenator als auch die zuständigen ärzte sofort eine klage wegen körperverletzung bekommen. inzwischen haben sich alle ärzte im justizdienst geweigert, bei gefangenen, die eine ärztliche untersuchung ablehnten, zwang anzuwenden. der tegeler anstaltsarzt erklärte, daß er neben den juristischen auch aus medizinischen gründen gar keine veranlassung sehe, diese untersuchung durchzuführen.

gegen den leiter des referats gesundheitswesen in der justizverwaltung hat oxfort inzwischen wegen der weigerung ein disziplinarverfahren eingeleitet. das verfahren ruht jedoch vorerst, da noch eine entscheidung des kammergerichts aussteht, ob der justizsenator überhaupt befugt war, eine anweisung auf zwangsuntersuchung zu erlassen. nach dem geltenden recht sind eingriffe in die grundrechte eines gefangenen nicht ohne ein gesetz möglich. dies gesetz gibt es jedoch nicht. einzige rechtliche grundlage wäre deshalb die dienst- und vollzugsordnung. hiernach liegt es aber allein im ermessen des anstaltsarztes, ob er einen häftling gegen dessen willen untersucht.

STAMMHEIM UND DIE RECHTSSTAATLICHKEIT

STAMMHEIM (ID)

18. juni

DER PROZESS

bericht von der verhandlung am 18.6.75 (ab 10.00 uhr)

die verteidigung beantragt die ablehnung des ärztlichen gutachters dr. henk der, wie ich später erfahre, in der vorhergehenden verhandlung alle angeklagten für verhandlungsfähig erklärt hatte. ein anderer arzt soll die gefangenen untersuchen.

baader gibt eine erklärung zu seiner verhandlungsfähigkeit ab, die für michschwerzu verstehen ist: einmal akustisch, zum zweiten inhaltlich wegen recht komplizierter formulierungen und zum dritten, weil prinzing dauernd und trotz protest immer wieder unterbricht: baader solle doch "zur sache" sprechen, es gehe nur um sein "persönliches schicksal" und die erklärung sei entsprechend zu fassen und nicht mit bezug auf irgendwelche gefangenen an anderer stelle der erklärung: d i e s e r zusammenhang sei "zu weit hergeholt"; "in diesem stil" dürfe es mit der erklärung nicht weitergehen.

schily greift ein, erklärt, daß der zusammenhang gegeben sei und zwar deutlich. prinzing läßt weiterreden, aber schon bald greift er wieder ein. heldmann protestiert: die erklärung baaders dürfe nicht dauernd unterbrochen werden, auch wenn man einiges daraus "nicht gerne höre". darauf prinzing: es sei falsch, daß der senat irgendetwas nicht gern höre, er höre vielmehr alles. baader solle schließlich das gefühl haben (offensichtlich eben nur das gefühl, nicht aber die reale möglichkeit!), alles sagen zu können. prinzing schlägt vor, heldmann solle in einer pause die erklärung mit baader "durchsprechen" und darauf hinwirken, daß sie nur angaben zur sache enthalte.

ulrike meinhof ruft dazwischen und verlangt, daß alle angeklagten ganz gehört werden.

schily erklärt es für unzumutbar und unzulässig, daß das gericht bestimmen wolle, was zur begründung eines antrags gehöre. im politischen prozeß könne der politische zusammenhang nicht ausgeklammert werden. prinzing will sich daraufhin auf die strafprozeßordnung zurückziehen: er sei gehalten, "ungeeignete ausführungen" zurückzuweisen. plottnitz sieht darin die gefahr inhaltlicher zensur. prinzing wird es daraufhin mulmig; er unterbricht plottnitz, behauptet, es bestehe die gefahr einer unzulässigen blockverteidigung (plottnitz dürfe nur für raspe sprechen) und setzt eine pause an.

nach der pause versucht er, sein hilfloses fehlverhalten abzumildern, indem er in liberalem tonfall erklärt, es sei ihm nicht darum gegangen, baader das wort abzuschneiden, sondern nur darum, a l l z u weite abweichungen von der sache zu verhindern. baader kann seine erklärung dann relativ ungestört zu ende vortragen.

die erklärung in stichworten, soweit ich sie verstehen konnte: (teilweise etwas zusammenhangslos)

er spricht vom "verkommenen bürgerlichen antifaschismus", der vom staat instrumentalisiert sei. über folter könne man nur im zusammenhang mit politischen kampf sprechen. nach einer kurzen entwicklung des begriffes isolation geht es um deren zielsetzung: brechen politischer identität, abbrechen der persönlichen geschichte. dieisolation sei etwas unvorstellbares. ihre anwendung finde ihrelogik in der perspektive des g a n z e n systems. sie sei keine zwangssozialisation, wie klug behauptet habe; dies sei nur ein zeichen eines legitimationsversuches, der - noch - notwendig sei. posser habe deutlich gemacht, daß isolation auf zerstörung aus sei. (hier unterbricht prinzing am massivsten und es ergibt sich die oben beschriebene kontroverse, die zur einlegung einer pause führt.) die strategie possers sei durch den entstandenen widerstand, die öffentlichmachung der absicht, gestört worden, dies habe zum versuch der psychiatrisierung von ulrike meinhof geführt (szintigraphie), der widerstand dagegen wiederum sei ursache für die notwendigkeit, die institution des kronzeugen einzuführen. akustisch für mich fast unverständlich geht andreas baader dann auf die funktion der sozialdemokratie für den kapitalverwertungsprozeß ein, erläutert die funktion von guerilla und kommt zum neuen faschismus. am ende schließlich sagt er, folter sei keineswegs ein revolutionärer kampfbegriff; ihre aufdeckung habe vielmehr reine schutzfunktion. - mehr habe er nicht zu sagen. dann fügt er doch noch hinzu (und ich merke, daß das im gegensatz zu dem vorhergehenen im saal irgendwie aktiv aufgenommen wird): "ich möchte nur noch sagen, daß der zustand der gefangenen zeitweise so war, daß sie neid gegenüber den genossen empfanden, die im kampf für den kommunismus auf der straße erschossen wurden."

ulrike meinhof schließt sich mit einer kurzen erklärung an: "ich bin verhandlungsunfähig. ich kann der verhandlung maximal folgen, ich kann aber nicht eingreifen, wenn es nötig ist, wenn ich es will. ich habe ungeheure schwierigkeiten mit der konzentration und der assoziation. ich stelle den antrag, von einem arzt außerhalb der haftanstalt untersucht zu werden. meine maximale verhandlungsfähigkeit beträgt zwei bis drei stunden."

die bundesanwaltschaft nimmt stellung: bei keinem der angeklagten seien, was voraussetzung für verhandlungsunfähigkeit sei, schwere körperliche oder seelische störungen erkennbar. der sachverständige habe diese frage auch schon untersucht. dem antrag werde entgegengetreten.

schily nimmt stellung: der "sachverständige" henke sei erstens befangen, zweitens habe er keinerlei fachliche kompetenz bezüglich isolationsfolgen, drittens sei in seinem gutachten keine stellungnahme zu einer eventuellen b e s c h r ä n k t e n verhandlungsfähigkeit der angeklagten enthalten, um die es jetzt gehe.

heldmann beantragt, den holländischen arzt sjeef theuns hinzuzuziehen. dr. henke habe in hinreichendem maße inkompetenz gezeigt, sein gutachten befasse sich nicht mit beschränkter verhandlungsfähigkeit.henke habe schließlich bei seiner befragung angegeben, er habe sich mit den medizinischen folgen von langzeitisolation durch lektüre von fachliteratur bekanntgemacht. auf nachfrage habe sich jedoch herausgestellt, daß sämtliche von ihm angegebenen literatur mit dem fraglichen thema überhaupt nichts zu tun habe (z.b. moser, repressive kriminalpsychiatrie und 'gespräche mit eingeschlossenen'). es liege daher im rahmen der fürsorgepflicht des gerichtes, neue, kompetentere gutachter zuzulassen.

plottnitz baantragt, dr. schmidt-voigt hinzuzuziehen, der über einschlägige erfahrungen verfüge und die freilassung von astrid proll bewirkt habe.

die bundesanwaltschaft widerspricht den anträgen. es seien keine neuen tatsachen glaubhaft gemacht worden.

nach einer pause von 40 minuten verkündet prinzing den beschluß:

1. der (irgendwann vor meiner anwesenheit gestellte) antrag, das verfahren wegen verhandlungsunfähigkeit der angeklagten einzustellen, wird abgelehnt, da er unbegründet ist.

2. der antrag auf weitere ärztliche gutachten wird abgelehnt.

begründung: es komme nur darauf an, daß die angeklagten in einem solchen zustand seien, daß sie an der verhandlung teilnehmen könnten. das sei der fall. daran bestehe keinerlei zweifel. man habe die angeklagten an mehreren tagen beobachtet und keinen unterschied zu angeklagten in anderen verfahren gefunden. dies sei von dr. henke bestätigt worden. dieser sei ein dem gericht seit langem bekannter facharzt. er habe sich ständig mit den gefangenen befaßt und sein gutachten mit ausreichender grundlage abgegeben. dabei seien die haftbedingungen berücksichtigt worden. zwar sei eine körperliche untersuchung nicht erfolgt, aber er habe überzeugend dargelegt, daß er auch ohne eine solche untersuchung ein urteil abgeben könne. demgegenüber seien in den neuen anträgen keinerlei neue tatsachen benannt worden. im übrigen sei anzumerken, daß nie gefoltert worden sei. das sei inzwischen hinreichend bekannt; nicht nur nach dem sartre-besuch, sondern in vielen beschlüssen sei dies schon gesagt worden, außerdem habe erst vor einigen tagen die europäische menschenrechtskommission in straßburg die beschwerden von zwei angeklagten über ihre haftbedingungen abgewiesen. er wolle davon absehen, die tatsache zu interpretieren, daß davon in den anträgen der verteidigung keine rede sei.

vor der mittagspause genehmigt prinzing noch den täglichen umschluß der gefangenen für die mittagspause.

nach der mittagspause gibt ulrike meinhof eine erklärung ab: prinzing wisse, daß die angeklagten verhandlungsunfähig seien. deshalb lasse er keine neuen gutachter zu. deren ergebnisse würden nämlich die frage aufwerfen, warum die gefangenen in diesem zustand seien. henke sei erstens nicht qualifiziert, er sei zweitens für die haftumstände verantwortlich und habe schließlich auch mit dem tod von hausner zu tun. er sei zugegebenermaßen durch druck seitens der bundesregierung und verschiedener ministerien gezwungen worden, die angaben über die todesursachen von hausner zu revidieren. tatsächlich rührten die verletztungen hausners von kolbenschlägen und fußtritten her. - insgesamt fürchte das gericht die gutachten unabhängiger sachverständiger. sie stelle zusätzlich den antrag, dr. henke noch einmal zu laden.

prinzing verwahrt sich zunächst gegen die "törichte anrede" "prinzing". sie sei unzutreffend, weil das gericht aus fünf richtern bestehe, die gemeinsam entscheiden würden. bezüglich der behaupteten beschränkten verhandlungsfähigkeit seien ansonsten keine neuen tatsachen dargelegt worden.

riedel bezeichnet diese argumentation als "menschenverachtend": "sollen wir denn erst auf einen notarzt warten, bis wir 'neue tatsachen' darlegen können?"

prinzing behauptet, es handle sich hier um einen beweisermittlungsantrag und sagt implizit, dieser sei unzulässig. schily stellt demgegenüber klar: gerade im rahmen der fürsorgepflicht des vorsitzenden - und um die gehe es hier - müssen beweise erhoben werden. beweisermittlungsanträge seien keineswegs unzulässig. im übrigen sei es ihm unerklärlich, wie medizinische laien (also die richter) die verhandlungsfähigkeit der angeklagten beurteilen könnten.

heldmann bestreitet prinzings behauptung, es seien keine neuen tatsachen dargelegt bezüglich der verhandlungsfähigkeit. das gegenteil sei der fall: die angeklagten hätten von 15 kg untergewicht gesprochen und von einer begrenzung der konzentrationsfähigkeit auf maximal zwei bis drei stunden. diese tatsachen zwängen zum schluß auf die notwendigkeit einer untersuchung der gefangenen.

ulrike meinhof ruft: "sie haben die wahl, mit der politik, mit der sie holger meins ermordet haben, fortzufahren, oder einen arzt zuzulassen."

prinzing: er wolle, weil das hier so öffentlich gesagt worden sei - und nur deshalb - dazu stellung nehmen. er habe von dem zustand von holger meins erst am todestag um 12.00 uhr erfahren und keine möglichkeit zum eingreifen gehabt ...

es gibt ein hin und her mit zwischenrufen der angeklagten ("du lügst!" usw.) hilfesuchend wendet sich prinzing an die bundesanwaltschaft: "wollen sie dazu stellung nehmen?" die bundesanwaltschaft hilft "bei wiederholung der zwischenrufe beantragen wir ausschluß der angeklagten."

prinzing faßt zusammen, daß es zwei anträge gebe: einen darauf, dr. henke nochmals zu hören, einen zweiten, die gefangenen untersuchen zu lassen. es ergibt sich eine kontroverse zwischen prinzing und schily über die untersuchungsverweigerung der gefangenen beim gefängnisarzt, während der prinzing schily verbittert und deutlich provokativ fragt:"haben sie ihren mandanten schon einmal geraten, sich doch vom gefängnisarzt untersuchen zu lassen?" schily empört: seit wann solche fragen zulässig seien; er lasse sich durch keine noch so provokativ gestellten fragen dazu bewegen, seine anwaltliche schweigepflicht zu verletzen. offensichtlich sei das bei gefängnisärzten wohl anders: dr. henke habe nicht einmal vor seinen aussagen die für einen arzt, der sich als solcher verstehe, eigentlich selbstverständliche frage gestellt, ob ihn die angeklagten von seiner schweigepflicht entbinden würden. dies werfe ein bezeichnendes licht auf das selbstverständnis dieses arztes, der sich offensichtlich nicht als solcher sondern vielmehr als organ des strafvollzuges verstehe. die ablehnung einer hinzuziehung eines arztes des vertrauens verstoße gegen die uno-mindesbestimmung in dieser sache.

prinzing fragt: "wo steht das, wo steht das?"

schily: ziffer 91 der mindestbestimmungen, abgedruckt in soundso.

nachdem die bundesanwaltschaft gegen beide anträge stellung genommen hat, fragt plottnitz ironisch:"die ziffer 91 ist in einer antragsbegründung vorgekommen in der letzten verhandlung. dieser antrag wurde abgelehnt. jetzt ist die fragliche vorschrift dem gericht offensichtlich unbekannt. bedeutet das, daß der frühere antrag entschieden wurde, ohne die ziffer 91 der mindestbestimmungen nachzulesen?"

nach zehnminütiger pause lehnt der senat wieder beide anträge ab. es seien keine tatsachen dargelegt worden. die ziffer 91 der mindestbestimmungen setze für ihre anwendung gründe voraus, die ohne vorherige untersuchung durch den gefängnisarzt nicht feststellbar seien.

heldmann nimmt zu der ablehnung stellung: die arztakte eines angeklagten sei mit dem vermerk "an bundeskriminalamt" weitergegeben worden. dies zeige eindeutig, daß die gefängnisärzte zum vollzug gehörten. es sei eine zumutung für einen gefangenen, sich von d i e s e n ärzten untersuchen zu lassen.

schily nimmt die frage nochmals auf, daß das gericht die ziffer 91 der mindestbestimmungen nicht gekannt habe, obwohl sie in einem antrag enthalten gewesen sei, über den entschieden worden sei. offensichtlich lese das gericht die begründungen der anträge der verteidigung gar nicht. es sei daher mindestens aus der sicht der angeklagten die besorgnis der befangenheit des vorsitzenden gegeben.

schily beginnt mit der verlesung eines insgesamt (ohne anlagen) 48 seiten langen befangenheitsantrags für seine mandantin ensslin: das verhalten des vorsitzenden sei im zusammenhang mit dem tod von holger meins zu sehen. prinzing unterstelle sich offensichtlich allen direktiven der staatsschutzbehörden. die sicherheit gehe ihm über a l l e rechtsgüter einschließlich des lebens der gefangenen. er sei mindestens objektiv bloßer funktionär der staatsschutzbehörden. seine abhängigkeit von ihnen sei eine latente lebensbedrohung für die angeklagten.

es folgte eine chronologie des todes von holger meins mit verlesung aller vorhergehenden anträge auf zuziehung von vertrauensärzten (um zu zeigen, daß prinzing sehr wohl rechtzeitig über den zustand von holger meins informiert war). weiter geht schily auf den hungerstreik ein und seine tatsächlichen ziele: abschaffung der isolation, herstellung menschenwürdiger haftbedingungen. die massive gegenpropaganda der bundesanwaltschaft mit der propagandalüge, der streik diene der verhinderung der hauptverhandlung, sei als verhinderungsversuch der aufklärung der öffentlichkeit zu werten und nichts anderes.

gegen 15.30 uhr unterbricht schily die verlesung auf bitte von plottnitz und heldmann, die jeweils für ihre mandanten verhandlungsschluß beantragen, da diese nicht mehr fähig seien, zu folgen. prinzing lehnt zunächst eine entscheidung ab: "ich fühle mich nicht imstande, darüber zu entscheiden, da ich abgelehnt bin." schily widerspricht: auch ein abgelehnter richter könne und dürfe bestimmte prozeßhandlungen vornehmen.

die bundesanwaltschaft beantragt, zehn minuten pause zu machen und dann weiter zu verhandeln (- das, obwohl die verhandlungen regelmäßig um 16.00 uhr beendet werden. also ein feilschen um minuten auf kosten der gesundheit der angeklagten.)

prinzing entscheidet: zehn minuten pause, danach entscheidung, ob weiter verhandelt wird.

die pause dauert dann bis 16.08 uhr (insgesamt 26 minuten). jetzt sagt prinzing: nachdem es jetzt schon so spät ist, erübrigt sich wohl eine entscheidung über den antrag, die verhandlung vorzeitig wegen verhandlungsunfähigkeit der angeklagten abzubrechen. so hat der vorsitzende - taktisch klug - erreicht, daß er den antrag weder ablehnen mußte - das hätte einen widerspruch zu früheren entscheidungen in der verhandlung über die frage der begrenzten verhandlungsfähigkeit der angeklagten bedeutet.

die bundesanwaltschaft will abschließend noch kurz zum befangenheitsantrag schilys stellung nehmen: es seien "solche ungeheuerlichkeiten" darin behauptet worden, daß die bundesanwaltschaft das nicht "im raume stehen lassen" könne. schily widerspricht vehement: es ginge nicht an, daß zu einem teilantrag bereits stellung genommen würde. prinzing sagt, ohne sich mühe zu geben, sein bedauern zu verbergen, er glaube auch, daß das nicht ginge, er müsse es ablehnen, er bitte um verständnis.

die verhandlung ist geschlossen.

beobachtungen:

prinzing ist insgesamt noch genauso hilflos und unsicher, macht auch immer noch "anfängerfehler", wie am ersten verhandlungstag (andere habe ich nicht erlebt). nur ist er jetzt in dieser hilflosigkeit irgendwie souveräner und das heißt skrupelloser.

man möchte sich in die hand beißen, wenn man die vier angeklagten sieht. abgemagert, leichen- wirklich l e i c h e n blaß, und dann die mit unbewegten gesichtern vorgetragene ablehnung der anträge miterleben muß, die doch nur auf untersuchung gerichtet sind, noch nicht auf endgültige feststellung einer verhandlungsunfähigkeit. und die begründungen: praktisch, logisch, juristisch, menschlich formal, kurz: auf allen ebenen unhaltbar. alles ohne mit der wimper zu zucken.

das publikum ist älter geworden (immer im vergleich zum ersten verhandlungstag); eine genossin sagt: faschistischer. einmal, als prinzing versucht, baader zu unterbrechen, gibt es mittelstarken beifall. ich höre, das sei an vorherigen tagen noch stärker gewesen. prinzing zu der reaktion: das publikum habe sich jeder mißfallens- oder beifallskundgebung zu enthalten. es habe nur ein recht: das auf zuhören.

nach der mittagspause drängen sich viele leute immer dichter an der saaltür. ganz vorne: sechs alte frauen. sie brauchen wohl gute plätze, von denen aus man etwas sehen kann...

zwei studenten unterhalten sich:

a) die öffentlichkeit ist in prozessen zwar als kontrolle vorgesehen und dafür notwendig, aber viele leute kommen doch aus sensationslust. eigentlich sollte man, was weiß ich, auch die hintergründe, zusammenhänge eines solchen prozesses verfolgen, aber auch bei mir ist trotzdem immer auch etwas sensationslust drin. daher habe ich immer ein schlechtes gewissen. weil ich den anspruch habe, nicht nur zu konsumieren und einen abklatsch mitzunehmen, sondern weil ich veränderung will.

b) wie meinst du das mit dem schlechten gewissen?

a) ich habe eine gewisse freizeit, in der könnte ich etwas tun, aber manchmal suche ich mir dann billige unterhaltung und hinterher habe ich ein beschissenes gefühl, die zeit nur totgeschlagen zu haben.

b) so gehts mir auch, aber wo ist die alternative?

ein schüler zum anderen über isolation: das kann ich mir schon vorstellen, daß die haft einen einfluß hat. was ulrike meinhof z.b. gesagt hat, leuchtet mir ein. aber das problem ist, daß haft sich immer, gleich wie sie durchgeführt wird, auswirkt - und was soll man dann in anderen prozessen machen?

ein chemiker, ca. 40 jahre: natürlich wirkt sich haft auf die gefangenen aus. aber auch die richter sind zum beispiel von den ganzen umständen beeinflußt. ich kenne zum beispiel einen ersatzrichter für diesen prozeß, der wohnt in meiner nähe. seit der mit der sache befaßt ist, ist er ein ganz anderer mensch geworden. er hat sich ganz da reinverbissen und sieht nichts anderes mehr.

der chemiker an anderer stelle des gesprächs:"mit der justiz insgesamt ist ja auch irgendwie alles faul. ich habe da gerade selbst viel ärger mit einer verwaltungsgerichtssache gegen meine gemeinde. der staat ist da ja immer letztlich im vorteil, schon materiell."

ein schüler zu seinem nachbarn, als der antrag auf zuziehung eines unabhängigen ärztlichen gutachters gestellt wurde und der senat sich zur beratung zurückzog:"da kommt nein und nochmal nein, ganz egal, was man sagt. das ist für mich kein prozeß mehr."

ich höre von meinem nachbarn, daß sich in einer der letzten verhandlungen herausstellte, daß die mikrofone anfangs so geschaltet waren, daß die bundesanwaltschaft sich selber einschalten konnte, verteidiger und angeklagte aber nur aus zentralen knopfdruck mikrofonübertragung hatten. das soll ein versehen gewesen sein und jetzt abgestellt worden sein.

nach einer pause kommt das gericht rein. niemand steht auf, auch nicht die uniformierten. prinzing: "bitte, nehmen sie platz", setzt sich und das gericht auch. (die erklärung baaders ist im wortlaut in der "wir wollen alles" nr. 27, juni 75, abgedruckt.)

(basisbericht)

STUTTGART/BERLIN (ID)
23. juni

JUSTIZAPPARAT AUF LEGITIMATIONSSUCHE

am 23. 6. wurden die rechtsanwälte croissant und ströbele in stuttgart und berlin verhaftet. begründet wurden die verhaftungen mit dem zum teil schon über zwei jahre zurückliegenden beweismaterial.

beide anwälte wurden schon im april von der verteidigung baaders mit der begründung ausgeschlossen, sie seien mitglieder der raf oder würden sie zumindest unterstützen. aber trotz angeblich dringenden verdachts erfolgte keine verhaftung, was schon das angebliche beweismaterial fragwürdig erscheinen ließ. dieser widerspruch zwischen permanenten rechtsbrüchen und repression gegen die verteidigung im prozeß in stammheim flankiert von sondergesetze[illegible] und dem ausbleiben von strafverfahren dämmerte inzwischen sogar einigen liberalen zeitungen in der brd, die bisher im gegensatz zur ausländischen presse alle diffamierungen und lügenmärchen der bundesanwaltschaft und des bka widerspruchslos abgedruckt hatten.

die legitimationsschwierigkeiten des justizapparats erhöhten sich zusätzlich, weil die im ablehnungsantrag gegen prinzing erhobenen vorwürfe, er sei nicht zuständiger richter und mitschuldig am tod von holger meins, in keinem punkt widerlegt werden konnten. das gericht übernahm in seiner ablehnungsbegründung weitgehend sogar wörtlich die argumentation ("kloakenargumentation": schily) der bundesanwaltschaft, indem es versuchte, den tod von meins den anwälten in die schuhe zu schieben, weil sie nicht zusammen mit der bundesanwaltschaft und dem bka für den abbruch des hungerstreiks gesorgt hätten.

hieran zeigt sich, daß die verhaftungen aus politischer opportunität und nicht wegen der angeblichen vergehen vorgenommen wurden. durch die art der prozeßführung in stammheim geriet die bundesanwaltschaft und der gesamte justizapparat der brd mehr und mehr in die schußlinie der in- und ausländischen presse, weil praktisch alle anträge der verteidigung unter mißachtung rechtsstaatlicher prinzipien abgelehnt worden. es mußte also der nachweis erbracht werden, daß diese anträge nicht im sinne einer verteidigung der angeklagten genossen lagen, sondern der fortsetzung einer "kriminellen" vereinigung mit anderen mitteln dienen sollten. folglich mußten diejenigen, die die anträge stellten, als angehörige, bzw. unterstützer der angeklagten raf hingestellt werden.

um das glaubhaft machen zu können, sollten die aufkommenden zweifel an der hetze gegen die anwälte und ander rechtsstaatlichkeit des verfahrens mit verhaftungen bseitigt werden. um die vertuschung der nächsten schlappe vorzubereiten, wurde prophylaktisch marie-luise becker für drei stunden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und ihre wohnung durchsucht. ferner wurden in hamburg das büro von groenewold, koencke und rogge, deren wohnungen und auch die wohnungen der mitarbeiter durchsucht, die die polizei bei dieser gelegenheit gleich mal kurzfristig festnahm.

STUTTGART (ID)
26. juni

PRESSEKONFERENZ : METHODEN DER GENERALBUNDESANWALTSCHAFT

zur verhaftung croissants und ströbeles gaben die anwälte schily, heldmann, riedel und andere, während zweier aufeinanderfolgender pressekonferenzen am donnerstag, dem 26. juni, in stuttgart (in der nachfolge äußerungen aus der zweiten pressekonferenz mit marie-luise becker, rupert von plottnitz, kurt groenewold u.a.) folgende merkwürdigkeiten bekannt:

der haftbefehl für ströbele wurde vom ersten berliner staatsanwalt am 20.6. ausgestellt, und obwohl darin nachdrücklich auf fluchtgefahr hingewiesen wird, wurde der befehl erst am 23. juni vollstreckt. der antrag war sogar weitere vier tage zuvor gestellt worden. die verzögerung erklärt sich möglicherweise daraus, daß hier abgewartet wurde, bis der amtierende haftrichter, ein justizbeamter alten schlages, doch rechtsstaatlichen normen gegenüber wohl als integer zu bezeichnen, in urlaub ging, so daß ein jüngerer haftrichter zur stelle war, der den befehl ausstellte.

ströbele wurde praktisch aus einer laufenden schwurgerichtsverhandlung heraus, in der sitzungspause verhaftet. als ihm der haftbefehl eröffnet wurde, von dem, so ströbele zu den beamten, bereits seit zwei jahren gemunkelt worden sei, wolle er mindestens jetzt das recht auf äußerung zu dem verdacht (§ 115 stpo, abs. 2), "spätestens am folgenden tag" wahrnehmen können, was ihm aber versagt blieb.

erster grund des haftbefehls gegen ströbele: weiterleitung von informationsschriften und zellenzirkularen der "baader-meinhof-bande" - dabei ist die wertung "bande" ein illegitimer vorgriff, in stuttgart ist ja noch nicht mal die beweisaufnahme erfolgt. unbefangenheit des richters? an weiterer stellte hieß es sogar "baader-mahler-meinhof-bande". der haftbefehl, auch in weiteren teilen durch verwendung des indikativs ("hat entscheidend unterstützt"), entgegen der regel im stil eines strafbefehls verfaßt - analog zu "verurteilungen" durch die rechtspresse.

öffentlich wurde bekanntgegeben, "tatsachen seien bekannt", die ströbele belasten - davon kann keine rede sein, auch nicht bei croissant. also nichts, was nicht schon längst bekannt wäre, wie z.b. die verdächtigung bezüglich der "informationszentrale" oder äußerungen wie "faschistische praktiken" in zusammenhang mit dem vorgehen des gerichts, oder ströbeles selbstdarstellung als sozialer anwalt und politischer verteidiger - doch all dies hat genügt, um ströbele als kriminellen zu bezeichnen.

zur durchsuchung bei croissant: beschlagnahmt wurden unterlagen zum laufenden prozeß, handakten, ein im büro zusammengestelltes archiv zum prozeß. etwa 30 ordner und jede menge handakten wurden mitgenommen. dabei hat sich die staatsanwaltschaft auf die politischen verfahren beschränkt und unterlagen für alle prozesse, die croissant betrieb - braun, janssen, heißler und mindestens fünfzehn weitere - mitgenommen, darunter z.b. notizen von raspe, drei hefter an erklärungen, notizen von meinhof zum prozeß, sowie einen hefter mit anträgen im raf-prozeß, die noch nicht gestellt worden sind. die letzteren wurden vom staatsanwalt später zurückgegeben mit der bemerkung, er habe "von genauerer durchsicht abgesehen". doch bu-anw. wunder bemerkte während des prozesses am donnerstag, dem 26. juni, es seien keine anträge beschlagnahmt worden, die nicht "in diesem prozeß gestellt worden sind"; also wurde doch durchgesehen! 15 kartons wurden aus croissants büro rausgetragen, ein teil zurückgegeben, aber längst nicht alles, mit der ankündigung, daß ein teil beschlagnahmt werde.

richter hausel, der den haftbefehl gegen croissant am 13.6. ausstellen ließ, ist inzwischen nicht mehr zuständig. der haftbefehl enthält keine neuen tatsachen, nur das, was croissant seit jeher als angebliches vergehen vorgeworfen wird (info-system, dadruch aufrechterhaltung des organisationszusammenhangs der raf). zum ersten punkt der verdächtigung hat croissant erklärt, daß es sich bei sämtlichen schriftstücken um verteidigungsmaterial für den prozeß handelt - material auch aus der zeit vor dem 1. januar 1975, als die verteidigung mehrer mandanten erlaubt war, als prinzing noch pflichtverteidiger bestellte, die für alle fünf angeklagten gleichzeitig anerkannt wurden nach dem prinzip der blockverteidigung - wenn die angeklagten das nur wünschen.

die eröffnung des haftbefehls gegenüber croissant erfolgte im stammheimer gefängnis und nicht etwa im gericht, croissant ist aber nicht in stammheim, sondern in heilbronn eingeliefert worden (er sei in stammheim zu bekannt). croissant habe auf grasshof und braun eingewirkt, um sie (im oktober/november 1974) zum hungerstreik zu bewegen - dazu croissant: "eine lüge. bis heute seien die beiden hauptzeugen nicht gehört worden. darauf der staatsanwalt: die ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen. ein trübes licht: keiner wurde gehört, also kann es auch keinen dringenden tatverdacht, überhaupt keinen verdacht geben.

der dritte strafrechtliche vorwurf gegen croissant lautet (plottnitz: "unglaublich!") er habe "teilweise auf drängen der bande hin internationales interesse für die prozesse zu erwecken versucht". croissant unterscheidet sich da von keinem der anderen anwälte - von schily über heldmann zu groenewold, becker und den anderen - er hat offen zu den haftbedingungen stellung genommen und hat sie qualifiziert, das kann - ob richtig oder falsch - ihm auf der basis des grundgesetzes niemand streitig machen. croissant zum verdacht der fluchtgefahr (wie auch bei ströbele): "niemand darf darauf hoffen, daß ich mich dem prozeß entziehen werde."

man muß sehen: die bundesanwaltschaft ist in bedrängnis. der zeitpunkt ihrer aktion gegen croissant wurde gewählt, als er ablehnungsantrag gegen prinzing wegen schuld am tod von holger meins und strafanzeige gegen die bundesanwaltschaft wegen ermordung siegfried hausners stellte, was croissant jetzt als unterstützung zum vorwurf gemacht wird.

ströbele trat im schwedischen fernsehen auf, groenewold gab pressekonferenzen in london, rom und paris - das sind jetzt alles sachen, die ihnen als kriminelle taten ("unterstützung") angelastet werden. alles versuche, sich der verteidiger zu entledigen, die rechtsbrüche nicht schweigsam und passiv hinnehmen, sondern international für ihre mandanten eintreten.

marie-luise becker zum vorwurf, eine als lippenstift getarnte patrone sei in ihrem schreibtisch bei der durchsuchung ihres büros durch landesbeamte gefunden worden, dazu noch mit ladespuren dran: "eine provokation. ich habe diese patrone nie vorher gesehen und sie gehörte auch sonst niemand im büro." eine reaktion der

bundesanwaltschaft auf die initiative der rechtsanwälte, die kriminalisiert werden sollen, um sie zu beseitigen.

zur durchsuchung bei groenewold: g. war nicht im büro, nur seine beiden kollegen rogge und köncke. die gruppe "t" und 13 beamte der bundesanwaltschaft waren zugange im beisein der vorher bestellten presse und des fernsehens. untersucht wurden die räume von groenewolds bruder, der ganzen familie zu hause, im haus wohnen etwa 100 mietparteien, die polizei ging von wohnung zu wohnung; groenewold: "versuch, nachbarschaftlichen terror zu entfachen". akten seiner partner köncke und rogge zum raf-prozeß stammheim wurden beschlagnahmt. darunter waren unterlagen über zellendurchsuchungen aus dem jahr 1973. prozeßstrategie und unterlagen zum verfahren borvin wulf liegen jetzt bei der staatsanwaltschaft, ebenso unterlagen für ilse jandt, verena becker und viele andere angeklagte, dazu aufsätze und reisebelege (neuerdings als strafbar eingestuft als indizien für die "kriminelle" rundreiseaktivität), sowie buchungsunterlagen. die bundesanwaltschaft hat keinen haftbefehl gegen groenewold erwirkt; groenewold wird jetzt zu bundesanwaltschaft und bundesrichter gehen, um zu erfahren, ob ein haftbefehl gegen ihn vorliegt.

croissant hat bei der bundesanwaltschaft gegen buback geklagt wegen dessen äußerungen im "stern". buback wurde entlastet, es sei ja seine amtliche tätigkeit, die "öffentlichkeit zu unterrichten", aber genau dieselbe unterrichtung der öffentlichkeit wird jetzt den anwälten angelastet.

anwälte, referenten und anwaltsgehilfen wurden erkennungsdienstlich behandelt. die kripo oder die bundesanwaltschaft hat berichte in die presse lanciert, daß die anwälte "vertrauliche mitteilungen transportierten unter raf-mitgliedern" - das ist die lüge, die die öffentlichkeit ausschalten soll. bei der juristischen niederlage der generalbundesanwaltschaft in stammheim verfährt sie jetzt nach nicht mehr rechtsstaatlichen methoden, die ablenken und die ausschaltung noch tätiger verteidiger vorbereiten sollen ("quick" meldet bereits ausschluß von schily).

auf fragen bei der pressekonferenz: die anträge gegen die anwälte werden zwar von amtsgerichten erlassen, man kann aber sicher sein, daß dies in koordination mit der bundesanwaltschaft geschieht. die bundesanwaltschaft betreibt "prozessuale diversifikation": es wird mit schrot geschossen: die auslegung der gesetze von 1949 läßt genug informelle entscheidungswege zu. die funktion der verhaftungen liegt darin, die angestrebten berufsverbote durchzusetzen. ähnliches wie hier in der bundesrepublik ist im westen nur aus spanien bekannt, wo anwälte, wie z.b. im burgosprozeß, wegen ihrer plädoyers vor gericht verhaftet und verurteilt wurden, weil sie das franco-system kritisiert hätten. aber spanien erhebt schließlich nicht so einen anspruch auf rechtsstaatlichkeit, wie er hier dauernd heraufbeschworen wird.

als man in den usa wegen rechtsanwalt kunstler gesetze zur einschränkung der freiheit von anwälten schaffen wollte, wurde dies verhindert - die us-anwaltschaft protestierte härter.

in der brd ist davon wenig zu spüren.

HAMBURG (ID)
24. juni

VORLÄUFIGES BERUFSVERBOT FÜR RECHTSANWALT GROENEWOLD

am 12. juni wurde vor dem ehrengericht der hamburger anwaltskammer gegen rechtsanwalt groenewold verhandelt. er war bereits im mai von der verteidigung andreas baaders und anderer der mitgliedschaft in der raf angeklagter ausgeschlossen worden. jetzt hatte der staatsanwalt mit seinem antrag auf vorläufiges berufsverbot auch groenewolds existenz als rechtsanwalt im visier (über maßregelungen nach dem standesrecht der anwälte entscheidet das aus drei anwälten gebildete ehrengericht).

das war das erste ehrengerichtsverfahren in der brd mit polizeieinsatz : auf anordnung des vorsitzenden war vor dem verhandlungsraum ein mini-stammheim installiert worden. ein starkes polizeiaufgebot sperrte den gang, neben dem eingang zum verhandlungsraum stand eine durchsuchungskabine, die zuhörer wurden dann im verlauf des prozeßtages mehrmals durchsucht: maßnahmen, die sich als schikanen gegenüber dem angeklagten und den zuhörern erwiesen. als dann auf antrag von ra groenewold die öffentlichkeit der verhandlung hergestellt wurde, fanden von den zahlreichen interessierten etwa nur dreißig prozeßbeobachter, überwiegend rechtsanwälte, rechtsreferendare, ferner journalisten und polizeispitzel in dem viel zu kleinen raum platz. der antrag auf einen größeren saal wurde abgelehnt. währenddessen wurden die polizisten draußen gegen die übrigen noch wartenden juristen handgreiflich und verbal ausfallend.

der tempodruck, die strafprozessualen fehler, die verwendung von illegal verschaffter verteidigerpost als "beweis"material zeigten sehr schnell, daß hier nicht auf juristische argumentation wert gelegt wurde. die anklage stützte sich auf 13 blätter aus verschiedenen verteidigerschreiben an gefangene, die von beamten des bka bei zellenrazzien im juli 1973 widerrechtlich mitgenommen worden waren. folgerichtig gab sich das gericht in seiner begründung auch keine mühe, das politische ziel juristisch zu verschleiern. was da an zitaten als "beweise" für die "staatsfeindliche einstellung" groenewolds aneinandergereiht wurde, bewies überhaupt nichts: die angeführten stellen stammten erkennbar zu einem großen teil nicht von groenewold selbst, sondern waren wiedergaben von stellungnahmen und beiträgen der anderen verteidiger oder der gefangenen zu fragen der verteidigung oder zum zweiten hungerstreik (mai/juni 73). und wo auch ra groenewold als verfasser in frage kommen konnte, standen diese äußerungen im zusammenhang mit der verteidigung. da 1973 noch die - erst durch das blitzgesetz vom 9. 12. 1974 beseitigte - gemeinsame verteidigung bestand, war groenewold auch verpflichtet, diese stellungnahmen allen beteiligten mitzuteilen.

gegen das berufsverbotsverfahren gegen rechtsanwalt groenewold haben protestiert: eine gruppe hamburger anwälte, die hamburger arbeitsgemeinschaft für strafverteidiger e.v., der sprecherrat der rechtsreferendare hamburg, die haldane society - the organisation for progressive lawyers, london, der kommunistische bund (kb) und das hamburger komitee gegen die folter an politischen gefangenen in der brd.

ERKLÄRUNG KURT GROENEWOLD ZU AUSSCHLUSS UND BERUFSVERBOT

zu seinem ausschlußverfahren und seinem vorläufigen berufsverbot hat rechtsanwalt kurt groenewold auf einer pressekonferenz in stuttgart am 18. juni folgende erklärung abgegeben:

ausschlußverfahren wie berufsverbote zeigen, daß die verteidiger der gefangenen aus der raf ausschließlich deshalb ausgeschaltet werden sollen, weil sie die aufmerksamkeit der öffentlichkeit, der deutschen und der internationalen öffentlichkeit auf die vernichtungsmaßnahmen des staatsschutzapparates der brd gegen die politischen gefangenen gerichtet haben. der prozeß in stuttgart-stammheim macht jetzt jedermann deutlich, daß es nicht die justiz, nicht die regierung, nicht die richter sind, die den rechtsstaat verteidigen, die die individual-und menschenrechte beachten, sondern daß die bundesregierung und die westdeutsche justiz diese rechte, die fundamentalen menschenrechte in konzertierten aktionen demontieren und zerstören.

die bundesregierung hat zwei wege gewählt, ihre ziele gegen die politischen gefangenen durchzusetzen: die schaffung von sonderrecht und sondergesetzen und die ausschaltung der verteidiger. für jedermann muß jetzt klar sein, in welche richtung der weg in der brd weitergeht, welche weiteren instrumente der unterdrückung und entrechtung noch geschaffen werden. in der faz vom 30. 5. 1975 wird die richtung angegeben: prozessuale marscherleichterung in politischen prozessen, ausnahmegerichtsbarkeit, auch wenn die brd ausnahmegerichtsbarkeit nominell noch nicht einrichten will. ich zitiere: "ursache für drei jahre ermittlungen und anderthalb jahre prozeß ist also nicht zunächst eine 'typisch deutsche superperfektion' der justiz, sondern die politische entscheidung, auch gegen politische straftaten die konventionelle strafverfolgung einzusetzen. bis zu einer ausnahmegerichtsbarkeit für attentäter gegen den staat wird die bundesrepublik nicht gehen wollen. prozessuale marscherleichterung etwa in form der in politischen prozessen stärker zulassenden beschränkungen von ermittlung und anklage auf wenig schwere taten, wären wünschenswert." (kommentar von friedrich karl fromm, faz 30.5.75 s. 1)

in den ausschlußverfahren und in den verfahren auf berufsverbot wird die prozessuale marscherleichterung bereits praktiziert.

1. das berufsverbot gegen mich ist erst möglich geworden, weil der bundestag dafür im dezember 1974 die brao geändert hat. früher war ein vorläufiges berufsverbot nur möglich, wenn die ausschließung aus der anwaltschaft sicher war. der neue text lautet: "sind dringende gründe für die annahme vorhanden ..." diese formulierung verstößt mit sicherheit gegen die unschuldsvermutung, die international zu den menschenrechten gezählt wird.

2. das hamburger ehrengericht hat darüber hinaus auf eine ordentliche beweisaufnahme verzichtet. dazu hat der staatsanwalt wörtlich erklärt: " es handelt sich um ein schnellverfahren. ein beweis ist nicht erforderlich, es reicht der verdacht. der verdacht ist aufgrund der vorliegenden papiere gegeben!" diese praxis verstößt sogar gegen das in den verfahren auf berufsverbot noch geltende recht. § 150 absatz IV brao (bundes-rechtsanwalts-ordnung) lautet: " den umfang der beweisaufnahme bestimmt das gericht nach pflichtgemäßem ermessen, ohne an die anträge des staatsanwalts und des rechtsanwalts gebunden zu sein." diese vorschrift verhindert nur, daß die betroffenen dem gericht die erhebung bestimmter beweise aufzwingen können. wie sie wissen, kann nach geltendem recht ein beschuldigter dem gericht seine beweismittel präsentieren und so in das verfahren einführen, um auf diese weise alle umstände zu seiner verteidigung geltend zu machen, die er für wichtig hält. die vorschrift ersetzt aber nicht beweise durch den bloßen verdacht.

die berufsverbote gegen die verteidiger der gefangenen aus der raf, bisher gegen croissant, stroebele und mich, sind durch öffentliche erklärungen der bundesregierung vor programmiert. am 13.3.75, in der debatte über die innere sicherheit, hat bundeskanzler schmidt die gerichte und staatsanwaltschaften aufgefordert, das neue instrumentarium der gesetze wirkungsvoll zu benutzen. damit meinte er die gerade eingeleiteten ausschlußverfahren. auf dem rechtspolitischen kongreß der spd hat er einige tage vor der verhandlung gegen mich die erwartung ausgesprochen, daß die eingeleiteten ehrengerichtsverfahren zu einem schnellen abschluß kommen würden.

die bundesminister maihofer und vogel haben in einem fernsehinterview ende april angekündigt, daß die justizministerkonferenz am 6. und 7. mai 1975 die anträge auf berufsverbot behandeln wolle; tatsächlich datieren die anträge gegen croissant und mich dann vom 15. und 16. juni 1975. dort also, und weder innerhalb der für ehrengerichtssachen zuständigen staatsanwaltschaften noch innerhalb der anwaltskammer sind entscheidungen getroffen worden.

der hamburger rechtsanwalt erik von bagge hat als mein verteidiger auf die standhafte weigerung der anwaltschaft in der weimarer republik hingewiesen, politisch mißliebige oder unbequeme verteidiger als anwälte auszuschalten. entsprechende versuche der regierungen damals sind gescheitert. auch während der nazizeit hat es noch anwälte und anwaltsfunktionäre gegeben, die gegen die ausschaltung jüdischer oder politisch unbequemer anwälte widerstand geleistet haben. er hat die anwaltschaft aufgefordert, auch jetzt gegen die versuche der bundesregierung sich zu wehren, politisch unbequeme verteidiger auszuschalten.

zur begründung seiner entscheidung hat das hamburger ehrengericht sich auf verteidigerbriefe und auf ein interview gestützt, das ich im november dem ndr nach dem tod von holger meins gegeben habe. zusammenfassend wurde das berufsverbot so begründet: groenewold sei nicht bereit, das gg anzuerkennen. vielmehr habe er die grundrechte zum kampf gegen das grundgesetz mißbraucht. er habe die gefangenen über tatsachen und informationen informiert, die mit der verteidigung nichts zu tun haben. an anderer stelle hat das gericht gesagt: groenewolds verteidigung und seine tätigkeit als verteidiger habe das ziel, den rechtsstaat zu provozieren, um auf diese weise den polizeistaat zu schaffen und damit eine rechtfertigung für die taten der angeklagten zu liefern.

diese letzte einschätzung hat das gericht abgeleitet aus einem zitat einer äußerung des gefangenen hoppe. danach soll ich mich mit der auffassung identifiziert haben, daß verteidiger sich nicht auf einzelne tatkomplexe beschränken sollten, sondern immer für den gesamten prozeß verantwortlich sein sollen. in dem zitat hat hoppe die zerstückelung von angeklagten als "schweinetaktik der justiz" bezeichnet. ich hoffe, daß ich nicht erklären muß, daß

die diskussion solcher verteidigungsstrategien ureigene aufgabe eines strafverteidigers ist, abgesehen davon, daß konkret in dem brief keine eigene äußerung von mir wiedergegeben wird, sondern ein zitat eines mandanten. im übrigen hat das ehrengericht u.a. folgende textstellen aus verteidigerbriefen verwertet:

1. im schreiben vom 16.5.1973 soll ich die einrichtung einer info-zentrale gefordert haben. wörtlich wurde folgende stelle zitiert: forderung: jeder rechtsanwalt gibt immer den genauen stand und alle namen an. voraussetzung ist, daß ein büro zentral informiert wird, und daß dort jederzeit alle namen abgefragt werden können. wir können es machen, bitte im büro marion jensen verlangen. dieses zitat betraf den hungerstreik von 1973.

2. im schreiben vom 27. 2. 1973 habe groenewold über die reaktion der justizbehörden bei einzelnen gefangenen auf den hungerstreik berichtet. darin heißt es u.a.: "schwalmstadt: baader. schon nach einer woche kam der arzt degenhard aus kassel mit pflegern in roten schürzen und schleppten b. auf den tisch, alles fertig, er wollte nicht der erste sein, bot an, etwa so zu nehmen: arzt wollte trotzdem schlauch reinstemmen; b.wehre sich, bis schließlich die schließer murrten.strategie klar: schlauch als folter. 17.5.75 am 22.5.1973: degenhard und zehn mann: schlauch rein trotz angebot, löffel zu fressen, schließlich mit drei spritzen bewußtlos gespritzt (pr.-erklärung plottnitz/ strafanzeige stroebele). ebenso am freitag, dem 25.5.1973 am donnerstagabend: wasserentzug, nur angebot von milch. aus stroebeles verlangen hat die justiz - minister thiel - wasserentzug verboten. anstalt kein anrufen ärztliche anordnung geht vor."

das ehrengericht erklärt dazu, daß der hungerstreik eine provokation der justizbehörden sei. sein sinn und zweck bestand darin, die justizbehörden zu zwangsmaßnahmen zu provozieren. davon, daß sich der hungerstreik gegen die haftbedingungen richtet, spricht das ehrengericht nicht.

3. im schreiben vom 16.6.1973 steht folgender absatz: "die menschenrechtsbeschwerde gegen das bverfg (bundesverfassungsgericht) habe ich vorbereitet. nach prüfung durch andere rechtsanwälte geht sie diese tage raus. einige sind dagegen mit dem argument: menschenrechtskonvention wird nur die haftpraxis bestätigen. das kann sein, aber erst nach zwei jahren. so lange ist das unser operationsfeld." das ehrengericht erklärte, rechtsmittel als operationsfeld zu bezeichnen, sei standeswidrig.

4. aus dem schreiben vom 24.6.1973 wurde zitiert: "mit freitag, den 29.6. 1973 ist der hungerstreik beendet. wir erklären das. wer kann - und unterbrochen hat - sollte bis freitag nochmal anfangen. die in hamburg machen es so." darin wurde eine aufforderung zum hungerstreik gegen die haftbedingungen gesehen.

5. im schreiben vom 11.7.1973 habe groenewold einen gemeinsamen befehl der gefangenen weitergegeben, in dem festgelegt wird, daß keiner der gefangenen mit "bullen"spricht und mit journalisten erst nach gemeinsamer entscheidung. das zitat lautet: " keiner spricht mit bullen. kein wort. keiner spricht mit journalisten. wenn sie sprechscheine haben, weigern wir uns, sie zu sehen. wenn ein interview, läuft das so: wir suchen über das info einen aus, es wird ein vertrag über die anwälte gemacht, die fragen sind schriftlich zu stellen und werden schriftlich beantworetet.das manuskript fragen/antworten läuft über das info. wenn nur einer was dagegen hat, wird es nicht veröffentlicht. wie im letzten papier:keiner nimmt an einem prozess teil. es gibt eine erklärung am tag zur raf, justiz, anklage, haftbedingungen. danach bleiben wir in der kiste. das manuskript läuft mindestens vier wochen vorher über das info. keiner macht zeugenaussagen . wenn das von den anwälten dem gericht vermittelt nicht genügt, um die vorführung, den transport zu verhindern genügt ein satz vor dem tisch: zieht das unbeteiligt ab. ist scheiße, denen das tier zu zeigen, das sie vorführen wollen."

6. zuletzt zitierte das gericht eine antwort aus einem ndr-interview vom november 1974: "hungerstreik zu machen, ist eine entscheidung der gefangenen. der versuch, den hungerstreik abzubrechen, auf jeden fall zu hindern, ist das interesse der justiz, die es ja auf verschiedenste weise versucht hat, durch wasserentzug, d.h. also, auch durch schnellere ermordung bei ronald augustin, oder durch die drohung, wasserentzug zu machen, oder durch das verbot, hofgang zu machen. das alles ist das interesse der justiz, und das interesse der justiz zu unterstützen, kann nicht sache der anwälte sein, sondern sache der anwälte ist es, die entscheidungsfreiheit der gefangenen gegenüber repressionen durch die justiz abzusichern." dazu erklärte das ehrengericht: dieses interview zeige, daß ich ein prinzipiell anderes interesse als die justiz habe. damit hätte ich ein rechtsstaatswidriges und standeswidriges verständnis von der funktion des anwalts offenbart.

7. in meinem schlußwort habe ich die zwangsverteidiger im stuttgarter verfahren als beauftragte der bundesanwaltschaft bezeichnet. darauf hat das gericht abgeleitet, ich hätte bis heute meine feindliche haltung zur freiheitlich-demokratischen grundordnung nicht geändert. das berufsverbot sei dringend erforderlich, um das vertrauen in die anwaltschaft für die öffentlichkeit wiederherzustellen.

das beanstandete interview macht deutlich, welche ziele ausschlußverfahren und berufsverbote in wahrheit haben: verteidiger auszuschalten, die nicht "das interesse der justiz", gemeint ist das der staatsschutzabteilungen bei den gerichten, den staatsanwaltschaften und der polizei, unterstützen, sondern die meinen, daß es "sache der anwälte ist ..., die entscheidungsfreiheit der gefangenen gegenüber repression durch die justiz abzusichern." (siehe auch: hamburg: vorläufiges berufsverbot für rechtsanwalt groenewold)

ERKLÄRUNG ANWÄLTE ZUR DURCHSUCHUNGSAKTION

die durchsuchungsaktion gegen die büros der verteidiger, die verhaftung der rechtsanwälte croissant und ströbele erfolgte zu einem zeitpunkt, an dem der bisherige verlauf des prozesses gegen andreas baader und andere in stuttgart-stammheim klar gemacht hat, daß die jahrelange kritik an der isolationshaft der gefangenen, an den rechtsbrüchen der strafverfolgungsbehörden in den verfahren richtig war, daß die verteidigung der gefangenen zerschlagen wird durch menschenvernichtende haftbedingungen, durch ausschluß, berufsverbot, bedrohung und verhaftung ihrer verteidiger, daß ein prozeß, in dem die gefangenen sich verteidigen können, ihre politik darstellen können, verhindert werden soll. die festnahmen und durchsuchungsaktionen sollte davon ablenken, daß im verfahren in stuttgart-stammheim für jeden sichbar die

fassade eines rechtsstaatlich geschürten verfahrens zusammengebrochen ist. die durchsuchungen und festnahmen sollen den seit 1973 von den strafverfolgungsbehörden verbreiteten verdacht gegen die gewählten verteidiger der gefangenen aus der roten armee fraktion den anschein der berechtigung geben.

zur vorprogrammierung der öffentlichkeit haben die strafverfolgungsbehörden erneut verleumdungen in die presse lanciert, die betroffenen drei verteidiger trügen mitteilungen von gefangenen mitgliedern der roten armee fraktion an andere, die sich in freiheit befinden, oder umgekehrt, oder sie seien an der beschaffung von waffen beteiligt. sämtliche vorwürfe gegen die rechtsanwälte und anwaltsgehilfinnen der büros sind falsch und vorwand. die gesamte tätigkeit der verteidiger der verfahren aus der roten armee fraktion ist legal und dient damit ausschließlich der verteidigung. rechtsanwälte petra rogge, rainer köncke, kurt groenewold

ERKLÄRUNG ZUR VERHAFTUNG VON RECHTSANWALT STRÖBELE

rechtsanwalt ströbele verteidigte heute (23.6.1975) vor einer schwurgerichtskammer im kriminalgericht moabit. in der mittagspause wurde er vor dem gerichtsgebäude festgenommen. der gegen ihn gerichtete haftbefehl des amtsgerichts tiergarten, der auf der beschuldigung der unterstützung einer kriminellen vereinigung sowie auf den haftgründen flucht- und verdunkelungsgefahr gegründet ist, datiert vom 20.6.1975. schon die tatsache, daß dieser haftbefehl erst heute vollstreckt wurde, spricht dafür, daß der verhaftung opportunitätserwägungen zugrunde liegen.

der gegen rechtsanwalt ströbele erhobene verdacht basiert auf behaupteten erkenntnissen der ermittlungsbehörde aus den jahren 1973 und 1974. neuere behauptete erkenntnisse liegen nicht vor. die angebliche fluchtgefahr wird mit der höhe der zu erwartenden strafe sowie mit dem zu erwartenden berufsverbot für rechtsanwalt ströbele begründet, aus welchem gefolgert wird, es verursache eine geringere soziale und berufliche bindung rechtsanwalt ströbeles, so daß die annahme von fluchtgefahr naheliege. zudem wurde verdunklungsgefahr bejaht, da rechtsanwalt ströbele auf freiem fuß die von ihm vertretenen beschuldigten in der haft aufsuchen könne.

bei dem haftbefehl und seiner vollstreckung handelt es sich um die kriminalisierung rechtmäßiger und pflichtbewußter verteidigertätigkeit in verfahren, die der staatsgewalt unbequem sind. die seit jahren von den rechtsextremen massenmedien erhobenen haltlosen vorwürfe gegen verteidiger, die beschuldigte in politischen strafverfahren vertreten, und die tatsache, daß diese vorwürfe durch nichts bewiesen werden können und betroffenen verteidiger demzufolge ihre tätigkeit pflichtgemäß fortsetzen konnten, brachten in der öffentlichkeit einen scheinbaren widerspruch zustande, der die ermittlungsbehörden unter zugzwang setzte.

es muß etwas geschehen, was den erhobenen beschuldigungen in der öffentlichkeit einen schein von legitimität verleiht. dieser anschein soll durch die widerrechtliche verhaftung rechtsanwalt ströbeles geschaffen werden. das debakel der ermittlungsbehörden und des gerichts in der hauptverhandlung gegen baader und andere vor dem oberlandesgericht stuttgart verstärkte den legitimationsdruck der staatsgewalt sicherlich.

die propaganda- und einschüchterungsaktion der ermittlungsbehörden wurde ergänzt durch die durchsuchung der kanzlei der anwaltssozietät eschen, ströbele, spangenberg, durch die durchsuchung ihrer privatwohnungen und der wohnungen sämtlicher büroangestellter. im verlauf der durchsuchung der kanzlei wurden von den ermittlungsbehörden widerrechtlich akten, die laufende strafverfahren betreffen, beschlagnahmt. insbesondere wurde umfangreiches aktenmaterial, das die vorbereitung der hauptverhandlung in stuttgart durch rechtsanwalt ströbele betrifft, beschlagnahmt sowie die handakte des gegen rechtsanwalt ströbele gerichteten ausschlußverfahrens in sachen gegen baader u.a., das ebenfalls noch nicht abgeschlossen ist.

insoweit ist dies ein wiederholter eingriff der ermittlungsbehörde in schwebende verfahren, der wiederum unter nichtbeachtung des vornehmsten verteidigerrechts- des rechts, verteidigerunterlagen vor den ermittlungsbehörden geheim zu halten - vorgenommen wurde. es ist dies wiederholt der anlaß klarzustellen, daß unter rechtsstaatlichen voraussetzungen durchzuführende verfahren von den ermittlungsbehörden unmöglich gemacht worden sind. dies betrifft insbesondere die hauptverhandlung in stuttgart und das verfahren betreffend den ausschluß rechtsanwalts ströbeles als verteidiger in diesem verfahren.

klaus dethloff, klaus eschen, henning spangenberg



Seyfried, aus: blatt, münchen

AUSLAND

LONDON (ID)
21. juni

30 000 PROTESTIEREN GEGEN VERSCHÄRFTES ABTREIBUNGSGESETZ

england war eines der ersten westlichen länder, das den schwangerschaftsabbruch wenigstens teilweise legalisierte. inzwischen hat eine starke lobby aus parlamentariern, klerus, industriellen und gruppen wie der reaktionären "gesellschaft zum schutze des ungeborenen kindes" eine gesetzesänderung bereits durch die 2. lesung gebracht, die durch drastische reglementierung der abtreibungspraxis augenscheinlich den anschluß an den rückläufigen teil der europäischen entwicklung sucht. war unter den bisherigen kontrollierten hygienischen bedingungen die sterblichkeitsrate bei abtreibungen geringer als bei normalgeburten, würden nach den geplanten einschränkungen viele frauen wieder auf hinterhofmetzger angewiesen sein.

nach dem jetzt gültigen gesetz von 1967 sind abtreibungen erlaubt, wenn bei der austragung des kindes "größere risiken für leben und gesundheit der frau entstünden, als bei abbruch der schwangerschaft" (das schließt die soziale situation mit ein: wohnung, einkommen, beruf). die neu geplanten einschränkungen sind:

1. die neue vorlage läßt als grund nur noch gelten " ein schweres risiko für das leben der frau oder eine ernsthafte gefährdung der geistigen und körperlichen gesundheit". die zusätze "schwer" und "ernsthaft" bilden in ihrer ungenauigkeit den kern der einschränkung - die soziale indikation fällt weg.

2. schwestern und ärzte, die eine künftig illegale abtreibung vornehmen, sollen mit 5 jahren knast bestraft werden. dabei wird - einmalig in der britischen rechtsgeschichte - den ärzten die beweislast auferlegt. d.h., wenn sie nicht beweisen können, daß sie keine abtreibung durchgeführt haben, sind sie schuldig!

3. die zwei ärzte, die eine abtreibung befürworten müssen, dürfen nicht zusammen praktizieren und müssen mindestens 5 jahre approbiert sein.

4. nur wenige offizielle zugelassene ärzte sollen über abtreibung informiert werden dürfen. der öffentliche erfahrungsaustausch unter frauen, zeitungsberichte oder nur ratschläge von sozialarbeitern können demnach bestraft werden.

5. der abbruch ist nur noch bis zur 20. woche erlaubt (bisher 28. woche). späte abtreibungen machten bisher nur 9% aus, durch die verschlechterten informationsmöglichkeiten dürfte sich ihr anteil allerdings erhöhen.

6. bei ausländischen frauen darf nur noch abgetrieben werden, wenn die frau auch in england schwanger geworden ist. was das für die vielen frauen, die wegen der unmenschlichen gesetze ihrer heimatländer nach england kommen, bedeutet, ist klar.

die britische zeitung "power of women" schreibt: "wenn das gesetz durch die dritte lesung kommt, wird es unseren zugang zur legalen und sicheren abtreibungen ernsthaft beschränken - es wird uns nicht davon abhalten, abtreibungen durchzuführen."..."1967 haben wir das recht auf legale abtreibung erkämpft. nun, ein paar jahre später, kämpfen wir für den erhalt dieses rechtes. wir wollen aber nicht immer wieder alle jahre die paar rechte, die wir haben, verteidigen müssen".

am 20. juni legten fünf frauen in schwarzer trauerkleidung einen kranz vor downing street 10 nieder, "den frauen gewidmet, die das opfer von engelmachern wurden. für den darauffolgenden samstag hatte ein breites spektrum von frauengruppen und linken organisationen zu einer demonstration aufgerufen, unterstützt wurde die "national abortion compaign" von gewerkschaften und einigen parlamentsmitgliedern.

ca. 30 000 demonstranten - zwei drittel frauen - liefen durch die londoner city und forderten das recht der frauen auf freie abtreibung. einige gruppen hatten sich lieder ausgedacht, die schnell populär wurden, andere führten auf lastwagen theatersketchs auf. als ein schüchternes häuflein gegendemonstranten am trafalgar square forderte "laßt babies leben", wurden ihnen aus dem zug entgegengerufen "laßt frauen leben".

die veranstalter waren von der massenhaften unterstützung selbst überrascht. sie hatten nur mit 10 000 leuten gerechnet. als die letzten zur kundgebung im hyde park eintrafen, waren die ersten beiträge schon gehalten. vertreterinnen der verschiedenen gruppen (auch eine frau aus portugal) machten deutlich, daß nach dieser beeindruckenden demonstration die rückkehr zu finsteren abtreibungspraktiken, wie sie vor 1967 üblich waren, von den frauen nicht hingenommen würde. die labourabgeordnete renee short nahm eine petition mit 150 000 unterschriften entgegen.

LONDON (ID)
15. juni

"PEDAL POWER" - DAS VOLK STEIGT IN DIE PEDALE

um bessere bedingungen für die große fraktion der radler zu erkämpfen, fand am 15. juni in london eine veranstaltung und demonstration zur eröffnung der "national bike week" (nationalen fahrradwoche) statt. auf dem versammlungsplatz ein buntes bild: verwegen maskierte leute von den verschiedenen umweltgruppen, jung und alt, dazwischen vereinzelt verknöcherte pfadfinder und knickerbockerstrampler mit zitternden wadenmuskeln. dazu nicht minder aufregende fahrradkonstruktionen, die einen eindruck davon vermitteln konnten, wie praktisch, ungiftig und lustvoll das radeln in der großstadt sein könnte, stünde nicht die gesamte kapitalmotorisierte welt dagegen.

die aufgefahrenen tandems nahmen sich wie mickrige waisenknaben aus gegenüber den gewagten rikschas und eigenbauten mit 3,4, vielen rädern, überdacht, mit polstersitzen oder großraumchassis. eine theatergruppe stellte in einem spannenden wettlauf zwischen fahrrad und auto die pedale überlegenheit dar und wurde mit stürmischem geklingel bejubelt. zu der anschließend geplanten massenradelei zur downingstreet, wo die forderungen der radler dargestellt werden sollten, kam es jedoch nicht. die polizei befürchtete unfälle und drohte mit auflösung. "dieses verbot unterstreicht nur unser argument - es ist ironisch, daß eine protestfahrt gegen die mangelnde sicherheit der radfahrer von der polizei mit der begründung verboten wird, sie sei zu unsicher", sagten die veranstalter.

so liefen dann die 4.000 demonstranten zu fuß und schoben ihre räder unter klingeln und hupen durch das touristisch verdutzte london. sie forderten "pedal power for the people", abgasfreie städte und fahrradwege. der reiz, sich flott auf den sattel zu schwingen und massenhaft loszufahren, war groß, aber man hielt sich zurück. die erfahrungen einer militanten fahrrad-demo wie in paris im letzten jahr stehen noch aus.

DHOFAR/LONDON (ID)
15. juni

DER ZWEITE KRIEG DER BRITEN

es wird leicht übersehen, daß neben dem einsatz in nordirland britische soldaten seit nunmehr zehn jahren bei der militärischen unterdrückung der aufständischen provinz dhofar am persischen golf aktiv beteiligt sind.

das britische verteidigungsministerium hat die anwesenheit von 200 "beratern" im scheichtum oman bestätigt. tatsächlich sind aber über 2.000 briten dort stationiert. die 200 spezialisten kommandieren de facto die 13.000 mann starke armee des sultans. in ihr fliegen auch englische luftwaffenoffiziere angriffe in kampfziele des sultans. darüberhinaus bilden eine unbekannte anzahl von englischen "handelsoffizieren" und "zivilberatern" eine direkte erweiterung des militärapparates.

eine 200 mann starke truppe des "special air service" - einer antiguerillatruppe mit 20jähriger erfahrung - wurde 1971 bei einer großoffensive eingesetzt. einige wurden dabei getötet. seitdem arbeitet sie mit gezielten schlägen unter dem tarnnamen "british army training team". den logistischen rückhalt bilden die beiden luftwaffenstützpunkte in salala und masira mit je 700 mann.

dieser mächtige apparat zusammen führt den bekannten "counter insurgency"-krieg mit umsiedlung in wehrdörfer, aushungern der bevölkerung, dauernder hubschrauberüberwachung, luftangriffen und der auslösung von massenflucht á la vietnam. der sultan von oman hat unlängst klargestellt, was er meint: er kaufte hitlers feriensitz "berghof" und will daraus ein museum machen. 40 prozent des jahreseinkommens (220 millionen mark) gibt er für den krieg gegen sein volk aus.

trotzdem konnte die schon oft verkündete liquidation der guerillos nicht erreicht werden. die "volksfront zur befreiung von oman" schoß erst kürzlich drei britische hubschrauber ab. die schwedische zeitung "aftonbladet" meldete, die hauptstraße durch die berge von dhofar sei wieder von guerillos besetzt worden. das britische verteidigungsministerium behauptete, die straße seit 1973 offen gehalten zu haben.
(material aus time out, 274)

LONDON (ID)
19.juni

BOMBENGESCHÄFT

"wir sind rund-um-die-uhr-professionals und planen, wie ihr geschäft zerbombt wird - haben sie das wissen und die zeit, uns zu stoppen?" diese markigen worte krönen ein bild, auf dem zwei maskierte männer den leser bedrohlich anstarren. es ist eine einladung für ein seminar über betriebliche sicherheitsfragen, das die englische firma "britguard" für hohe manager und sicherheitsspezialisten veranstaltete. für rund 300 dm konnten sich die, die sich und ihr kapital bedroht sehen, im noblen café royal beraten lassen, wie sie "schnell und durchaus praktisch mit dieser bedrohung fertig werden."

lord chalfont referierte über "sicherheit und stadtguerilla" und er weiß, was er sagt. in seiner armeezeit war er bei counterinsurgency-einsätzen in zypern, malaysia, palästina und kenia dabei. aus der von ihm festgestellten "internationalen zusammenarbeit der terroristen" und ihrer unterstützung bis hin zur labour party leitete er die notwendigkeit einer internationalen organisation auf regierungsebene ab, die informationen sammelt und "sich für aktionen bereithält". danach hielt ein anonymer armeeoffizier von der "school of military engineering" einen interessanten diavortrag über das bombenbasteln. die anwesenden manager mußten sich zeigen lassen, wie aus seifenpulver, kohlestaub und lumpen ganz schnell eine bombe wird.

die kommerzielle firma "britguard" besteht erst seit april dieses jahres, sie gehört der "security services ltd.". 80% des personals sind ausgeschiedene oder dienende armeespezialisten, die an firmen vermietet werden, die es nötig zu haben meinen.

BELFAST (ID)
26.juni

BRITISCHE ARMEE GIBT WAFFEN AN PROTESTANTISCHE MÖRDERGRUPPEN IN NORDIRLAND

am 16.juni gelang es mitgliedern der paramilitärischen protestantischen gruppe uvf 200 karabiner, schnellfeuergewehre und maschinenpistolen aus einem britisch-protestantischen armeecamp zu stehlen, wobei die britische armee später erklärte, dies sei unglücklicherweise möglich gewesen, weil einer der wachtposten "fahrlässig geschlafen" habe. insgesamt sind in den letzten beiden wochen 6 menschen in nordirland ermordet worden, es handelt sich ausschließlich um katholiken.

LISSABON (ID)
24. juni

MACHT URLAUB IN PORTUGAL !

einer der ersten schritte, den die 31 arbeiter des hotels von arribas am "großen strand" (praia grande) bei colares auf dem weg der selbstverwaltung machten: sie gingen vom luxus-tourismus zum sozialen tourismus über. in zahlen ausgedrückt: ein appartment im motel kostet jetzt pro tag 150 escudos (= 15 mark) statt früher 250 escudos; ein hotelzimmer kostet jetzt 55 escudos (= 5,50 mark) statt früher 110 escudos; ein gedeck, für das man früher 90 escudos (9 mark) zahlen mußte, kostet jetzt 45 escudos, also die hälfte!

am 31. oktober 1974 hatten die arbeiter den hotelkomplex übernommen, der etwa 60 km nordwestlich von lissabon an der küste steht. ihre aktion war damals die erste auf dem hotel-sektor, und sie ist gegen alle bösen wahrsager erfolgreich geworden und geblieben. zunächst ging es einfach darum, die arbeitsplätze zu erhalten, denn der verwaltungschef wollte das gesamte personal entlassen, weil am tag der übernahme durch die arbeiter sein mietvertrag abgelaufen war.

in der folge wurden die arbeiter sowohl von der hotelgewerkschaft als auch vom staatssekretär für tourismus unterstützt. und vom ministerium erhielten sie ein darlehen von 10.000 mark, um die löhne bezahlen zu können. zum ersten mal stellte sich die regierung hinter ein selbstverwaltungsprojekt.

seitdem haben die arbeiter etwa 11.000 mark eingenommen, sie können sowohl ihre löhne bezahlen als auch die selbstverwaltung fortführen. (aus: vida mundial, 12.6.75)

inzwischen wird im rahmen der selbstverwaltungs-strategie in portugal darüber diskutiert, das gesamte hotel-wesen auf diese weise zu organisieren mit dem ziel: weg mit dem luxus-tourismus - hin zum sozial-tourismus, zum tourismus des volkes! schon vom nächsten jahr ab sollen leute in portugal urlaub machen können, die noch nie urlaub gemacht haben.

LISSABON (ID)
26. juni

SPALTUNG DER FRAUENBEWEGUNG

die offizielle "bewegung zur befreiung der frau" (movimento de libertação das mulheres - mlm) hat sich gespalten. radikale feministinnen haben sich zusammengeschlossen als "revolutionäre feministinnen - studien- und untersuchungsgruppe". zu ihr gehört die schriftstellerin maria teresa horta.

die gruppe tritt in ihrem manifest für die diktatur des proletariats und die radikale befreiung der frauen ein. weiter heißt es in der erklärung: "solange wir handeln als revolutionäre feministinnen - denn die frau ist mehr als irgendjemand sonst interessiert an der zerstörung der kapitalistischen gesellschaft, durch die sie zum opfer wird, sie ist interessiert an der sozialistischen gesellschaft, die nicht patriarchalisch, nicht sexistisch, nicht repressiv ist - solange müssen wir bürgerliche lösungen für unsere eigenen probleme zurückweisen."

MADRID (ID)
23. juni

TODESSTRAFEN GEGEN GARMENDIA UND OTAEGUI BEANTRAGT

am 30. juni oder wenige tage danach soll vor einem militärgericht in burgos der prozeß gegen die beiden basken jose antonio garmendia und angel otaegui stattfinden. sie sind angeblich mitglieder der baskischen widerstandsorganisation eta und sollen einen angehörigen der guardia civil getötet haben. otaegui wird dabei lediglich mittäterschaft vorgeworfen, weil er garmendia nach der tat beherbergt habe. der militärstaatsanwalt hat am 24. mai gegen beide die todesstrafe beantragt. (siehe id nr. 85)

jose garmendia wurde am 28. august 1974 in san sebastian verhaftet und bei der festnahme von einer kugel in den kopf getroffen. der behandelnde arzt, dr. arrazola, stellte noch seiner einlieferung ins krankenhaus "bewegungsstörungen, orientierungsschwäche, sprachstörungen, handlungsunfähigkeit und bedeutende verhaltensstörungen" bei ihm fest. dies hatte nach angaben des arztes zur folge, daß er sich in einem zustand "absoluter geistiger unzurechnungsfähigkeit" befand. der befund des gefängnishospitals von madrid, in das garmendia später überführt wurde, spricht davon, daß er "unter verlangsamter psychischer und geistiger reaktionsfähigkeit" leide, und " starke störungen seiner schreib- und lesefähigkeit aufweise". (aus: cambio 16, vom 19. juni 1975).

der anwalt garmendias, josé maria bandrés hat anfang juni die anerkennung der verhandlungsunfähigkeit seines mandanten beantragt. garmendia wurde nach seiner festnahme mehr als drei monate in einzelhaft gehalten, und legte in dieser zeit das geständnis ab, den polizisten getötet zu haben, "weil ich unter eid stehe und nicht lügen kann." in diesem geständnis belastete er auch seinen mitangeklagten otaegui, der daraufhin am 8. november verhaftet wurde. aller voraussicht nach soll das militärgericht (consejo de guerra) in burgos hinter verschlossenen türen tagen. da die verhandlungsfähigkeit des hauptangeklagten von den militärärzten sicherlich positiv entschieden wird, sollten wir alles daransetzen, daß der prozeß öffentlich stattfindet. daß für diese förderung eine gewisse aussicht besteht, zeigt die geschichte des berühmten burgos-prozesses vom dezember 1970, als die öffentlichkeit aufgrund internationaler proteste hergestellt werden konnte. bitte senden sie deshalb das folgende oder ein ähnliches telegramm an den spanischen ministerpräsidenten und/oder den zuständigen heeresminister.

text etwa: "ich (wir) fordere die annullierung des prozesses gegen jose garmendia wegen geistiger unzurechnungsfähigkeit und ein öffentliches und angemessenes verfahren gegen angel otaegui. anschrift: don carlos, arias navarro, presidente del gobierno, castellana 3, madrid. oder: don francesco coloma gallegos, ministro del ejercito, calle trin 4, madrid.

MONTREAL (LNS/ID)
7. juni

STREIK GEGEN US-FIRMA

tausende von gewerkschaftlich organisierten arbeitern in ganz quebec (kanadisches bundesland) verließen am 21. mai ihre arbeitsplätze, um die streikenden arbeiter der firma pratt und whitney zu unterstützen. nach angaben des präsidenten der quebec federation of labor (qfl), louis laberge, haben ungefähr 120.000 der 275.000 mitglieder der vereinigung an dem ausstand teilgenommen. laberge sagte, dies seien die ersten umfassenden arbeitsniederlegungen in der geschichte quebecs. "das sollte von der regierung als schwere warnung verstanden werden."

der druck auf pratt und whitney (tochtergesellschaft der us-firma united aircraft) hat sich vor allem dadurch verstärkt, daß am 13. märz ungefähr 60 arbeiter das gebäude besetzten. 6.000 bauarbeiter die ihre arbeit einige tage früher niedergelegt hatten, wurden auf einer großen versammlung von einem vertreter der vereinigten auto arbeiter gewerkschaft (uaw - united auto workers) aufgefordert, zu der fabrik zu marschieren: "kommt und zeigt uns eure solidarität."

als die wütende menge zum betrieb marschiert war, krachte ein laster mit etwa 20 streikenden durch die fabriktore - andere streikende folgten sofort. die streikenden hatten einige geiseln außerhalb des firmengeländes genommen - unter anderem den nachrichtendirektor von radio ckvl in montreal, jose ledoux. in der fabrik wurden zehn geiseln festgehalten.

polizisten wurden draußen von den demonstranten angegriffen und zeitungsreportagen zufolge seien streifenwagen umgekippt und angezündet worden. es wurde ledoux erlaubt, ein sender- und empfänger-radio zu benutzen, um die forderungen der besetzer, daß die regierung das unternehmen innerhalb von 48 stunden zu einer einigung mit den streikenden zwingen solle, zu vermitteln. die streikenden, die ihren ärger nach dem 18-monatigen kampf mit united aircraft nicht mehr schlucken konnten, drohten den geiseln und sagten, sie würden in der fabrik alles zerstören, falls die polizei irgendwelche maßnahmen ergreifen würde.

draußen zerstörten demonstranten ungefähr 50 autos auf dem firmenparkplatz. gewerkschaftsfunktionäre - unter anderem der uaw-direktor robert dean - erschienen bald. "niemand da drinnen ist ein terrorist", sagte dean zu den reportern, "aber die firma ist zu krank, um das zu verstehen. der standpunkt der firma ist 'law and order'."

um ungefähr halb zwei in der nacht fing die polizei an, reporter und demonstranten von dem fabrikgrundstück zu drängen. dean warnte die streikenden drinnen, daß die polizei einen "dreckigen schachzug" plane. kurz danach entschieden sich die streikenden, aufzugeben. über das radio verlangten sie von der polizei sicheres geleit. die polizei kletterte jedoch auf das dach der fabrik, warf die fensterscheiben ein und setzte den raum unter tränengas. ein polizist schaffte es, einzusteigen und die hauptportale zu öffnen - dann griffen sie an.

währenddessen schilderte ledoux den angriff live übers radio. "die besetzer versuchten aufzugeben und leisteten keinen widerstand, aber die polizei greift trotzdem an. in dem moment, wo ich jetzt spreche, werden alle wie eine kuhherde in einer ecke zusammengetrieben und die polizei schlägt auf sei ein mit ihren schlagstökken auf den kopf, auf die beine und den rücken. es ist skandalös, unvorstellbar, gräßlich und unmenschlich."

draußen hörte dean die radiosendung und geriet in rage: "findet den hund stevenson und bringt ihn um!" schrie er. "diese scheißamerikaner!" (stevenson ist der firmendirektor) 34 streikende wurden verhaftet. sie müssen mit einer höchststrafe von fünf jahren rechnen.

nachdem die belagerung beendet war, bestritt der justizminister, daß die polizei exzessive gewalt angewendet habe, um die fabrik zu räumen. "es gab keine polizeibrutalität, und es werden keine nachforschungen angestellt" gab der minister bekannt. "ich glaube, daß es bei der jetzigen gewaltwelle nötig ist, daß die polizei energisch durchgreift." später sagte der justizminister, er hoffe, daß diese konfrontation "als beispiel für das, womit wir in der zukunft leben müssen, dienen werde." er bezog sich damit auf die welle militanter arbeiterstreiks und -aktionen, die kürzlich durch die ganze provinz gingen. der ruf nach dem generalstreik kam in weniger als einer woche nach der pratt und whitney-besetzung. es waren vor allem die post, die automobilindustrie, die stadtwerke und die brauereien betroffen.

der 18-monatige streik ist bei weitem der längste streik, mit dem united aircraft konfrontiert wurde. ursprünglich sollten sechs forderungen erfüllt werden. die arbeiter wollten lineare lohnerhöhung, einen kontinuierlichen ausgleich für die geldentwertung und das ende der unfreiwilligen überstunden. die gewerkschaft kämpfte für eine mitbestimmung im arbeitsplan. ein mitglied des gewerkschaftsverhandlungskomitees sollte aus dem knast entlassen werden (eingesperrt wurde er wegen teilnahme an einer fabrikbesetzung) und letztlich wollte die gewerkschaft ihre präsenz in dem betrieb vertraglich sichern.

ungefähr 90 % der motoren, die bei pratt und whitney produziert werden, gehen an amerikanische kunden. die kanadische regierung hatte united aircraft viele zugeständnisse gemacht, damit sie in montreal produziert. die subventionen (über 80 millionen dollar zurückzuzahlen in einer zeit von zwölf jahren) wurden zu einem politikum, als nach neun monaten streik herauskam, daß united aircraft wichtige produktionsanlagen zum hauptsitz in conneticut verschickte. in den verträgen war nämlich nicht enthalten, daß die arbeit in united aircraft in kanada geleistet werden müsse oder daß die regierung jemals ihr geld von der firma zurückerhalten würde. seit anfang des streiks hat das unternehmen von der kanadischen regierung 14,4 millionen dollar erhalten. "die trudeau-regierung handelt somit als streikbrecher" sagte qfl-vorsitzender laberge. ungefähr die hälfte der 2.600 arbeiter gingen letzten november an die arbeit zurück. obwohl sie immer noch die forderungen unterstützten, war der lange streik für sie nicht durchzuhalten. in der zwischenzeit gibt united aircraft an, daß sie fast wieder spitzenkapazität erreicht hat.

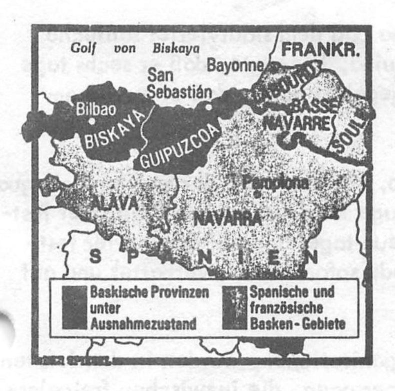
bürgermeister und stadtrat unterstützen den streik; letzten november hat der bürgermeister die stadthalle für einen dollar an die streikenden vermietet, damit sie über ein wochenende eine benefizveranstaltung durchführen konnten. 40.000 leute kauften eintrittskarten für je einen dollar, um die streikenden zu unterstützen. die streikenden bekommen eine wöchentliche unterstützung von 40 dollar (familie mit kind), 35 dollar (ehepaar) und 30 dollar (alleinstehende). diejenigen, die keinen halbtagsjob finden können, bekommen essensmärkchen.

ein 57 jahre alter arbeiter, der 19 jahre bei der firma war, und vor kurzem von der gewerkschaft gegen kaution aus dem knast geholt wurde (er kam rein, weil er keine miete mehr bezahlen konnte) meinte:" ich bin es satt, herumgeschubst zu werden - und ich riskiere den hungertod, um diese ausländische firma in ihre schranken zu verweisen."

DOKUMENTE

DOKUMENT

AUSNAHMEZUSTAND IM BASKENLAND (TEIL 1)



das regime der faschisten in spanien wankt, ist überfällig, sein tod ist so nah wie franco's tod. und wie seit vielen jahren kommen entscheidende schläge aus dem baskenland. zwar schlägt die madrider polizei-zentrale tollwütig zurück, verhaftet, foltert, mordet, teil mit uniformierten, teils mit zivilen terrorgruppen, verhängt sogar absolute nachrichtensperre - aber das alles mutet schon an wie ein todeskampf.

das heidelberger "komitee zur unterstützung der politischen gefangenen in spanien" hat über die repression in den beiden badkischen provinzen vizcaya und guipuzcoa (bilbao und san sebastian) eine dokumentation zusammengestellt; sie ist gleichzeitig ein indiz für das klima, in dem gerade der prozeß gegen die spanischen revolutionäre in madrid stattfindet.

<u>die situation in vizcaya</u>

1. zahl der inhaftierten

in der zeit vom 25. april, dem tag der erklärung des ausnahmezustandes, bis zum 13. mai wurden insgesamt 1.000 personen verhaftet. bis zum 8. mai wurden 300 verhaftet, in den übrigen fünf tagen 700. bis zum tod des polizeiinspektors llorente roiz am 7. mai war die behandlung bei der verhaftung und später auf den polizeirevieren wie üblich. (seit dem 7.5. bildeten sich zwei mächte heraus; die folgen, die sich daraus ergeben, beschreiben wir weiter unten.)

von den verhafteten wurden etwa 700 wieder freigelassen. sie wurden zwischen einer nacht und 17 tagen auf den polizeirevieren festgehalten. man schätzt die zahl der inhaftierten, die sich am 13.5. in gewahrsam der streitkräfte für öffentliche ordnung befanden, auf über 250 personen. unseren informationen zufolge wurden ab aber mindestens sechs personen nach ihrer freilassung durch den untersuchungsrichter noch im justizgebäude wieder verhaftet und auf die polizeireviere gebracht. es befinden sich insgesamt 60 personen im gefängnis. 20 von ihnen wurden durch verfügung des gouverneurs inhaftiert, ohne dem untersuchungsrichter vorgeführt worden zu sein.

2. die behandlung auf den polizeirevieren und in den quartieren der guardia civil

bis zum 8. mai war die behandlung normal, abgesehen von einigen ausnahmen, z.b. wurde eine studenten- und arbeitergruppe aus mondragón gefoltert. dieser gruppe wollte man die verantwortung an dem tod von zwei mitgliedern der guardia civil in mondragón zuschieben. die namen der gefolterten sind: piedad eguidazu (19 jahre), javier ansótegui, daniel ansótegui, jesús aranzabal, francisco arrarán, jesús hernacchea, frau zabalo. ebenso wurden studenten geschlagen, die am 25. april in der universität rote nelken verteilt hatten. sie hatten noch eine tasche mit nelken, als sie verhaftet wurden. auf dem polizeirevier wurden sie gezwungen, die nelken aufzuessen. am 28. april starb in ondarrea die witwe de loizar. sie erlitt einen herzanfall, als die guardia civil die haustür eintrat und das haus durchsuchte. es wurden auch vier personen geschlagen und gefoltert, die aktive mitglieder einer politischen gruppe sein sollen. einer von ihnen, san pedro, erstattete nach einer untersuchung durch den gerichtsarzt anzeige beim untersuchungsgericht.

seit dem 8. mai gehören schläge und folterungen zur normalen behandlung. am 12. mai wurden drei gefangene in das öffentliche krankenhaus in basurte eingeliefert; im augenblick liegen sie dort mit sauerstoffmasken in einem der krankensäle. in vier fällen wurden gefangene mit blutungen aus nase und ohren ins krankenhaus eingeliefert. nach der behandlung, als die blutungen aufgehört hatten, brachte man sie wieder zur polizei. es besteht der dringende verdacht, daß einige ärzte mit der polizei zusammenarbeiten, obwohl man sich darüber ausschweigt.

die polizei und die guardia civil führen in bilbao und der hauptstadt von vizcaya und in vielen dörfern rücksichtslos hausdurchsuchungen durch. die festgenommenen wurden von der polizei geschlagen und gefoltert, besonders auf arme, beine. dafür gibt es zeugen. in diesen tagen widmet sich eine reihe maskierter polizisten dem verprügeln von gefangenen. wenn einer der gefangenen allein verhört wird, verdeckt man ihm mit einer kapuze die augen. am 8. mai wurde anastasio erkizia, priester in bilbao, verhaftet. er wurde derartig gefoltert, daß er am 9. mai, nicht einmal 21 stunden nach seiner verhaftung, in das krankenhaus in basurte eingeliefert wurde. die röntgenbilder zeigen, daß er starke innere blutungen erlitten hat. nieren und milz sind zerschlagen und die eingeweide wurden stark in mitleidenschaft gezogen. es muß betont werden, daß wenige leute, die den repressionen der polizei ausgesetzt sind, in kontakt zur eta stehen, genauer gesagt: etwa 15 personen.

die repression konzentriert sich vor allem auf massenorganisationen und alle politischen organisationen.

a) lehrbeauftragte ohne festen vertrag (p.n.n.)

als der ausnahmezustand erklärt wurde, befanden sich die lehrbeauftragten gerade im streik. am 8. mai wurde miguel bilbao, der vertreter bilbaos auf der nationalen versammlung der pnn verhaftet. er befindet sich immer noch auf dem polizeirevier. seine freunde josé avidad, josé chacón und andere, die heute frei sind, berichten, daß er heftig geschlagen wurde.

b) kommissionen in den stadtvierteln.

in dörfern, wie bermeo, ondarrea, marquina, lequeitio, busturia, guernica und in stadtvierteln wie santucha wurden die kommissionen teilweise zerstört. ihre mitglieder wurden neun tage auf dem polizeirevier festgehalten und kamen dann ins gefängnis. amaso múgica, mitglied der kommission in bermeo, versichert, "ich wurde neun tage lang zweimal am tag gefoltert. sie wendeten die "operationssaalfolter" an.d.h., ich wurde auf einen kurzen schmalen tisch gelegt, so daß kopf und beine überhingen. ich mußte in horizontaler lage bleiben; wenn ich den kopf oder die beine senkte, wurde ich geschlagen. ich verlor mehrere male das bewußtsein".

etwa 60 andere mitglieder dieser kommission, darunter begona madariaga (40 jahre), olga camano, carmen allica, maite unasagasti, die nach sechs bis zehn tagen bei der polizei ins gefängnis gebracht wurden, versichern, daß sie geschlagen und auf die unflätigste weise beschimpft wurden. zehn personen sind schon zwölf tage auf den polizeirevieren.

c) komitees gegen die unterdrückung.

in verschiedenen dörfern woe marquina und dem stadtviertel santuchu wurden die komitees zerschlagen. carmelo jayo ibarlucca, mitglied eines komitees in marquina, bezeugte, daß er sechs tage lang mit stahlkugeln und eisenstangen geschlagen wurde, obwohl er schon am ersten tag zugegeben hatte, daß er zu diesem komitee gehört.

d) die arbeiterbewegung

verschiedene arbeiter der firma deusto, firestone und der werften cadagua araluce usw., die in den letzten monaten gestreikt hatten, wurden verhaftet und mehrere tage lang auf dem polizeirevier festgehalten. wir müssen beosnders auf die lage von miguel zubizarreta hinweisen. er wurde neun tage lang auf dem revier festgehalten und dann dem richter vorgeführt, der ihn freiließ. er wurde jedoch im justizgebäude sofort wieder verhaftet und auf das revier gebracht. dort blieb er drei tage und kam dann ins gefängnis.

e) politische organisationen

abgesehen von anderen politischen organisationen, wurden in den letzten tagen angebliche aktive mitglieder der kommunistischen partei systematisch verhaftet. die personen, die inzwischen freigelassen wurden, erklärten, daß die polizei die absicht habe, diese günstige gelegenheit auszunutzen und systematisch gegen jede illegale partei vorzugehen.

3. der ausnahmezustand auf der straße

auf vielen straßen werden ständige kontrollen durchgeführt, die fahrzeuge angehalten und die ausweise verlangt. bei diesen straßenkontrollen werden schranken und stacheldraht verwendet. gewöhnlich werden alle zufahrtsstraßen zur provinz kontrolliert. die tage nach dem 8. mai wurden die straßen von bilbao von den spezialbrigaden in kampfanzug mit maschinenpistolen, stahlhelm, knüppel und pistole durchsucht.

die straßen somera, licenciado poza, rodriguez arias, plaza jado, plaza de españa, die umgebung des rathauses, plaza de zabálburu, iturribida etc. wurden abgeriegelt, wobei die privathäuser durchsucht und die leute aus den lokalen geholt wurden. alle, die keinen ausweis bei sich hatten, wurden zu den polizeibussen geführt und zur s t i e r k a m p f a r e n a gebracht, die provisorisch zu diesem zweck benutzt wurde, da die polizeireviere und kasernen der guardia civil schon voll waren. als die leute aus den lokalen geholt wurden, zwang man sie, sich mit erhobenen händen gegen die wand zu stellen, und es wurden leibesvisitationen vorgenommen. ebenso wurden verschiedene tanzlokale geräumt ("zumzum"", "bluesville" etc.) und leibesvisitationen und ausweiskontrollen der anwesenden durchgeführt.

die spezialbrigaden durchkämmten die stadt, hielten die vorübergehenden an und brachten diejenigen, die keinen ausweis bei sich hatten, zur stierkampfarena. augenzeugenberichte dieser verhaftungen lauten: "ich wurde zum bus geführt, und als dieser voll war, brachten sie uns zur arena. die leute gingen die sitzreihen auf und ab, während die polizei sich unter sie mischte und hin und wieder aufs geratewohl zu drei oder vier personen sagte, sie sollten mitkommen. sie führten sie zur ersten-hilfe-station der arena, die als verhörzimmer benutzt wurde. viele personen wurden dorthin gebracht, wo sie neben dem verhör auch brutal geschlagen wurden. als ich an die reihe kam, wurde ich sofort beim eintreten an beinen und armen geschlagen." am 8. mai verbrachten etwa 370 personen die nacht in der arena. die repressionspsychose und furcht der einwohner waren deutlich bemerkbar in den folgenden tagen, die straßen waren weit weniger belebt als normalerweise.

4. parapolizeiliche aktionen

in der nacht vom 7. zum 8. mai: aggression auf pedro ibarra cuell und seine familie. - dem geschäft txikia, das der schwester des vermeintlichen aktiven mitglieds der eta, aya zulaica gehört, wurden die schaufenster zerbrochen, und erheblicher schaden verursacht. - das geschäft orient international wurde wie das obige von einem mini und einem seat 1430 aus beschossen, und man sah kurz darauf einen streifenwagen der polizei vorbeifahren.

in der nacht vom 8. zum 9. mai: das geschäft zubiri wurde unter mp-feuer genommen, die besitzerin erhielt einen anonymen anruf, der ihrem gatten den tod androhte. die familie zubiri ist bekannt für ihre sympathie für das baskische problem. - eine der besten buchhandlungen in bilbao, steriak, wurde beschossen, wobei sachschaden im innern und an den bücherregalen verursacht wurde. - überfall auf das depot der bücher der baskischen enzyklopädie. die sachschaden wird auf 6 millionen pesetas geschätzt. bei dieser gelegenheit wurden schreibmaschinen mit hämmern zerstört, die wasserhähne aufgedreht und die abflußrohre verstopft, wodurch eine überflutung der unteren stockwerke verursacht wurde. - überfall auf das uhrengeschäft agata, wo eine bombe gelegt wurde. das besagte uhrengeschäft gehört den brüdern rotaeche, die schon seit langem mit der baskischen bewegung kontakt unterhalten. - überfall auf den club landachueta, es wurde größerer sachschaden angerichtet, dabei wurden mehrere gemälde von ibarrola zerstört. - in einem landhaus von plenica, das familienangehörigen der exilierten etxegaray und lotina gehört, wurde eine bombe gelegt. - bombenlegung in dem geschäft clemente in der altstadt von bilbao. - in dem lokal gotzen in der straße gregorio de la revilla wurde eine bombe gelegt.

in der nacht vom 9. zum 10. mai: beschießung des büros einer gruppe von arbeiteranwälten in der straße aguirre 5. - beschießung des verlages iker. - beschießung der färberei guernica im stadtteil santuchu.

in der nacht vom 10.zum 11. mai: beschießung eines öffentlichen gebäudes in banquio. - bombenlegung in einem lokal des dorfes mundaca. - bombenlegung in einem lokal von ondarronl - bombenlegung in einem restaurant von carnapazar, das einem bruder von etxabe gehört, einem aktiven eta-mitglied.

anmerkung: in allen diesen fällen ist das paradoxe verhalten der polizei hervorzuheben, denn in vielen fällen zeigte sie überhaupt kein interesse an dem vorgefallenen, als die jeweiligen anzeigen erstattet wurden, oder wenn die polizei vor der erstattung der anzeigen kenntnis erhielt, erschien sie nicht am tatort.

5. feier derpatriotischen bestätigung am 12. mai

am 10. und 11. mai waren in der ganzen stadt plakate zu sehen mit fotografien der toten polizisten und aufrufe zur patriotischen demonstration. die stadt wurde übersät mit pamphleten mit sätzen wie "die maschinenpistolen sind nicht zum zertrümmern von schaufenstern, sondern zum töten!" "fangen wir an zu töten." am 12. mai um 20 uhr fand vor dem sitz des zivilgouverneurs die versammlung statt, die nach zeugenberichten zwei bis dreihundert personen umfaßte. anschließend marschierte eine gruppe von 500 demonstranten durch die straßen, wobei diese verschiedene rufe vernehmen ließen und leute festnahmen, im ganzen etwa 71 personen und verschiedene aktionen ausführten wie das verbrennen von neun autos mit französischen kennzeichen.

es ist zu betonen, daß alle informationsmedien zu dieser demonstration aufriefen. der zeitung gaceta del norte wurde verbalen äußerungen zufolge von der gouvernementsbehörde nahegelegt, die vorfälle, die sich ereigneten, nicht zu veröffentlichen und im gegenteil den aufruf zu dieser demonstration einzufügen. am 10. und 11. mai fuhren verschiedene autos durch die dörfer der provinz mit lautsprecheranlagen, mit denen die bevölkerung dazu angehalten wurde, an der demonstration teilzunehmen.

6. die haltung der behörden

kirchliche behörden: sowohl der bischof als auch die kurie d.h. die hierarchische kirche, haben sich in absolutes schweigen gehüllt. sie stimmten, so ist wörtlich erklärt worden, weder dem druck des einen noch des anderen am konflikt beteiligten teils zu. diese haltung wird noch schwererwiegend im fall des bischofs angesichts der evidenten tatsache, daß verschiedene priester gefoltert worden sind, so der schon erwähnte anastasio erquicia, die patres pedro maria cía, josé antonio calzada und der priester von bolueta, felix, bei dem man nach seiner freilassung spuren und folgeerscheinungen der folterungen feststellen konnte.

im fall der priester cía und calzada, die am 9. mai verhaftet wurden und sich noch immer in polizeilichem gewahrsam befinden, weiß man, daß sie brutalen folterungen unterzogen werden. ein 74jähriger priester wurde in der pfarrei von portugalote von vier jungen männern zusammengeschlagen, als er zur zelebrierung einer messe mit dem ornat bekleidet war.

verwaltungsbehörden: die haltung des zivilgouverneurs und der polizei hinsichtlich dieser attentate war ein absolutes nichteingreifen. so hat die polizei, die in vielen fällen nicht am tatort erschienen war, in vielen fällen hindernisse und verzögerungen dem aufgeben von anzeigen in den weg gelegt.

gerichtsbehörden: sowohl die äußerungen als auch das vorgehen der gerichtsbarkeit und der staatsanwaltschaft waren ein zeichen für ihre völlige machtlosigkeit; diese wurden durch die gouvernementsbehörde lahmgelegt.

DOKUMENT ÜBER KOMMUNITÄRE SELBSTORGANISATION

am montag, dem 7.juli 1975, einhundertneunundneunzig jahre + 3 tage nachdem sich dreizehn nordamerikanische kolonien von ihrer abhängigkeit von england in der ersten amerikanischen revolution freigekämpft haben, wird im studentenhaus der universität frankfurt ab elf uhr eine eintägige veranstaltung mit dem amerikanischen genossen lee swenson stattfinden, auf der lee darüber berichten wird, wie er und die gruppe, in der er arbeitet, versuchen, die voraussetzungen für die zweite amerikanische revolution zu schaffen.

lee swenson ist mitglied des "institute for the study of nonviolence" in palo alto, das 1965 von ira sandperl und joan baez ins leben gerufen wurde. hinter dem etwas eigenartigen namen verbirgt sich eine gruppe militanter anarcho-pazifisten, die in den letzten zehn jahren begonnen haben, ihren eigenen lebenszusammenhang kollektiv zu organisieren und die erfahrungen, die sie dabei machen, in einer vielzahl politischer projekte nach außen zu wenden. die aktivitäten des instituts inhaltlich zu beschreiben, ist etwas schwierig, da es in der brd eine vergleichbare politische praxis kaum gibt.

"den eigenen lebenszusammenhang kollektiv organisieren" heißt konkret: etwa 15 leute aus dem institut gründeten einen "landtrust", d.h. sie kauften in east palo alto, einem slumgebiet, ein großes stück land mit mehreren gebäuden. die rechtsform ist so, daß kein einzelner ohne die zustimmung der anderen seinen anteil verkaufen kann, beim ausscheiden bekommt er den betrag zurück, den er anfangs eingebracht hat.

kurz danach gründete die gruppe eine "people's bank". sie verfügt über drei kassen: eine, in die von mitgliedern geld eingezahlt wird, das sie jederzeit abrufen können, eine zweite, in die geld eingezahlt wird, von dem man sicher sein möchte, daß man es zurückbekommt, wo die zeit aber keine so große rolle spielt. und schließlich eine dritte kasse, aus der man das eingezahlte geld schon auch zurückhaben will, aber bereit ist, es für projekte mit hohem risiko und unbestimmtem zeithorizont zur verfügung zu stellen.

das kollektiv entscheidet über die vergabe zinsloser kredite. zugleich wird people's bank mit politischer arbeit gegen die großen banken verbunden. so hat sie zum beispiel eine erfolgreiche kampagne gegen das vorhaben der bank of america geführt, in palo alto einen wolkenkratzer für die zentralverwaltung an der westküste zu bauen.

ein mitglied der gruppe betreibt zusammen mit sieben mechanikern und einem buchhalter eine kooperative garage mit ca. 750 mitgliedern. der aufbau ähnelt den anderen projekten dieser art:

alle "owner-workers" werden gleich bezahlt; im frühjahr 1974 bekam jeder 750 dollar im monat. die preise für die reparaturen sind so kalkuliert, daß löhne und fixe kosten bezahlt werden können, aber kein profit gemacht wird. die besitzer der autos, die "owner-consumers" können bei der reparatur mitarbeiten und sich erklären lassen, wie es gemacht wird. sie können aber auch einen platz mieten und die reparatur selbst durchführen.

zugleich entsteht in der nachbarschaft eine "direct charge coop", die etwa 500 familien umfassen soll. "direct charge coops" sind eine modifikation der "food conspiracies", nichtkapitalitische distributionssysteme für lebensmittel. eine food-conspiracy besteht aus 15 und mehr familien. in manchen städten sind diese einzelnen gruppen nochmals in größeren einheiten organisiert, so daß es etwa in boston eine food conspiracy von über 200 familien gibt. einmal wöchentlich gibt jede familie eine bestellung auf, die turnusmäßig von einer der familien gesammelt und zu einer gesamtbestellung zusammengeschrieben werden. die waren werden dann beim großhändler, teilweise auch direkt beim produzenten eingekauft, zu hause in der küche oder garage in die einzelbestellungen aufgeteilt und von den mitglieds-familien abgeholt.

der nachteil dieser organisationsstruktur von food conspiracies ist, daß sie den kreis möglicher mitglieder massiv einschränkt. das zusammenschreiben der bestellzettel zu einem "master plan", der einkauf selbst, aufteilung und ausgabe der waren und abrechnung beschäftigen die turnusmäßig damit befasste familie ein bis zwei tage. das stellt kaum ein problem dar für studenten, freiberuflich arbeitende, hippies, rentner und wohlfahrtsempfänger, wohl aber für arbeiter und angestellte mit fester arbeitszeit.

aufgrund dieser erfahrung haben einige gruppen angefangen, mit organisationsstrukturen von food conspiracies zu experimentieren, die für die mitglieder weniger arbeitsintensiv sind. ein beispiel sind die "direct charge coops", die als feste läden mit ein oder zwei angestellten und täglichen öffnungszeiten organisiert sind. die fixen kosten für ladenmiete, gehälter, steuern etc. werden aus einem festen monatlichen beitrag der mitglieder bestritten. dadurch ist es möglich, die waren exakt zum einkaufspreis an die mitglieder abzugeben, wobei diese selbst auswiegen, abpacken und den einkaufspreis errechnen. zum einen spart die coop dadurch arbeitskraft - wichtiger aber ist, daß durch solche selbstaktivität den mitgliedern der verteilungsprozeß transparent bleibt. diese organisationsform macht die lebensmittel-cooperative auch für arbeiter- und angestelltenfamilien praktikabel, in kauf genommen wird jedoch dabei ein höherer grad an arbeitsteilung und entfremdeter arbeit.

über seine erfahrungen und schwierigkeiten bei solchen projekten solidarischer selbstorganisation an der basis will lee berichten und diskutieren, wobei er auch daran denkt, auf dieser veranstaltung oder in den folgenden tagen leuten oder gruppen, die pläne in dieser richtung haben, auf einer mehr praktischen ebene seine kenntnisse zu vermitteln.

DOKUMENT

DAS GESCHÄFT MIT DER KERNENERGIE ...

der presse in den letzten wochen entnommen: wer liefert wohin?
stand: 15. juni 1975

käufer	ort	anzahl	verträge abgeschlossen	in verhandlung	lieferfirma/-land
argentinien	atucha	1	in betrieb		siemens/brd
	rio terceiro	1	x		kanada
	?	?			frankreich
brasilien	angra dos reis	1	im bau		westinghouse/usa
	?	8		x	kwu/brd
iran/persien	?	2	x		kwu/brd
	?	2	x		frankreich
	?	3		x	frankreich
	?	?		x	usa +
israel	?	1	von nixon versprochen!		usa
jugoslawien	krsko	1		x	westinghouse/usa +
libyen "	?	1	x		sowjetunion
pakistan "	?	1		x	frankreich
spanien	?	6	x		westinghouse/usa +
südkorea "	?	1		x	frankreich
taiwan (nat.-china)		1		x	frankreich
udssr	königsberg	2		x	kwu/brd
ägypten	?	1	von nixon versprochen!		usa

" von usa vorher abgelehnt
\+ hier wurde die kwu, die beinahe schon verträge abgeschlossen hatte, von den amerikanern ausgetrickst

DOKUMENT

SCHWARZMARKT ERÖFFNET - VERSUCH EINER GEGENÖKONOMIE

1. wer wir sind - was wir wollen

wir sind leute aus verschiedenen wohngemeinschaften oder (noch) alleinwohnende; und wir wollen mehr gemeinsam machen. dabei beziehen wir den produktionsbereich mit ein und nicht nur (wie bisher) den wohn- und freizeitbereich.

2. organisationsform

um das zu verwirklichen, haben wir folgende organisationsform begonnen:

außer den zum größten teil schon vorhandenen wohngemeinschaften richten wir werkstätten der verschiedensten art ein, in denen wir gemeinsam sachen reparieren, produzieren, verkaufen, vermitteln oder einfach nur kreativ tätig sind. dabei tritt natürlich zum teil eine personelle überschneidung zwischen wohngemeinschaften, werkstätten und arbeitsgruppen auf. es laufen schon unser info-zentrum "schwarzmarkt", auto- und elektrowerkstatt, druckerei, töpfer- und nähwerkstatt. alle wichtigen entscheidungen werden in der wöchentlichen vollversammlung getroffen.

3. funktionen

trotz inhaltlicher bedenken trennen wir aus übersichtsgründen in wirtschaftliche, persönliche und politische bereiche; wirtschaftlicher bereich:
billiger leben durch kollektive organisation der produktion (technische geräte) und verteilung (großeinkauf), durch eigenreparatur in den werkstätten sowie durch info-büro (wo ist was am billigsten).
unabhängiger machen durch selbstorganisation; dazu ist zu sagen: es gibt schon viele, auch erfolgreiche versuche, repressionsfreie, alternative produktionsstätten aufzubauen, in form von kleinen firmen, werkstätten oder produktionskommunen, sowie durch selbstbestimmungsmodelle ehemaliger unternehmen (z.b. lip). jedoch läuft so etwas immer dann auf ein kommerzielles unternehmen hinaus, wenn die jeweilige gruppe isoliert handelt (krisenabhängigkeit, notwendigkeit der existenz sicherung).
erst der zusammenschluß von werkstätten und produktionskommunen aus allen berichen kann eine qualitative änderung bringen. erst dann produziert man mehr für sich selbst und sit nur noch in geringem maße von einer bestimmten käuferschicht abhängig (bzw. auftraggebern). und erst dann produziert man auch direkter für sich, d.h. direkt gebrauchsgüter für uns, statt für kohle oder andere tauschgüter.

allerdings wird es nie möglich sein, ganz auf kohle und damit auf entsprechende verkaufsgüter zu verzichten (miete, steuern, energie, rohstoffe...), jedoch müßte sich der anteil wesentlich verringern lassen. sehr wichtig für diesen schritt ist es, daß man den berich der nahrungsmittelproduktion (landkommunen) miteinbezieht. weiter: hilfe und möglichkeiten für solche arbeitslose, die zu kaputt (bzw. zu gesund) sind, um im kapitalistischen produktionsprozeß zu arbeiten oder für opfer der zunehmenden faschisierung, z.b. gefeuerter linke.

persönlicher bereich:

nicht nur die freizeit, sondern alle lebensbereiche werden selbstorganisiert. durch bereitstellen von material und werkzeug zur künstlerischen, handwerklichen, kreativen betätigung, d.h. selbstbestimmte befriedigung dieser bedürfnisse. verbesserung der kommunikation durch ein informations- und kontaktzentrum.
veränderung unserer tauschartigen kaputten verhältnisse ("gibst du mir anerkennung, geb ich dir liebe") und veränderung unserer wirtschaftlichen beziehungen (nicht: du kriegst 2 l milch, wenn du mir den trecker reparierst, sondern: wir sind 10 leute und brauchen 10 l milch / unser trecker ist kaputt, also muß er repariert werden.)

politischer bereich:

existierendes, anschauliches gegenmodell, "lebende alternative". so wie durch wohngemeinschaften versucht wird, auf einem teilbereich zukünftige lebensformen vorwegzunehmen, soll dies erweitert werden, um auch im produktionsbereich erfahrungen zu sammeln. wichtig ist dabei, daß dieser bereich auch für andere erfahrbar gemacht wird (z.b. für lehrlinge). unterstützung von politischer arbeit durch bereitstellen von technischen mitteln (z.b. druckerei, megaphon...) verbesserung der eigenen möglichkeiten durch selbstständige zeiteinteilung und ohne druck vom chef. besserer überblick durch sammeln und austauschen von informationen durch kontakte zu ähnlichen gruppen in der brd und im ausland - info-büro. sicherung der existenz bei politaktivitäten, z.b. arbeitsmöglichkeit, wenn man gefeuert wurde. (das heißt nun nicht, daß jeder sofort seinen job aufgeben soll. "gute jobs", vor allem teilzeit oder solche mit agitationsmöglichkeiten (z.b. lehrer) sollen solange wie möglich gehalten werden) durch die materielle sicherheit, die durch dieses projekt gegeben sein wird, kann jeder in seinem bereich mehr riskieren.

wir wollen uns keine gemütliche insel schaffen und verstehen uns durchaus als bestandteil dieser gesellschaft, in der von tag zu tag mehr menschen aus politischen gründen ermordet werden. eine veränderung der politischen verhältnisse muß nicht nur auf der ökonomischen ebene, sondern in allen bereichen vorangetrieben werden!

(schwarzmarkt, 2 hamburg 13, bundesstraße 9/elb; tel. 040/ 4104228 - 12 bis 21 uhr)



der gesundheitsclub der pensionierten arbeiter übt in einem park von hanoi.

AUFRUF EINES ALTGENOSSEN: WIR MÜSSEN UNS ORGANISIERENI



an alle altgenossen zwischen 50 und scheintot. uns stinkt die isolation in der spontiszene. wir arbeiten oder auch nicht. wir haben politisch unseren bezug in der szene, aber nicht unseren menschlichen – der wird ignoriert. gerade den brauchen wir und gerade das macht uns aus. das trennt uns von den staubigen k-gruppen. wir müssen raus aus dieser scheiß-isolation oder wir werden zu lebenden leichen. wo seid ihr? seid ihr auf dem mond oder haltet ihr noch winterschlaf? kommt endlich aus euren löchern raus, damit wir einen termin ausmachen können. ruft uns an, aber gebt acht, daß ihr auf dem weg zum telefon keine wurzeln schlagt.

venceremos

rudi tel. frankfurt 72 26 74 (kontaktadresse)